



Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.

Einzel-Abonnement pro Quartal, franko geg. franko 1,50 M.

Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin S0. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.

Gedruckt: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachr., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bücher und Reklamationen an die Schriftleitung.

Jg. 12.

Berlin, den 22. März 1908.

12. Jahrg.

Der Kampf um die Sonntagsruhe in Breslau.

Die sozialpolitischen Bremser in der Reichsregierung wußten eins was sie taten, als sie die Gewerbeordnungsnovelle so gestalteten, daß der weitere Ausbau der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe den Kommunalbehörden überlassen wurde. Führt die Sozialreform auf dem Reichswagen schon im Schnellen Tempo, so haben unsere Magistrate zumeist gar den Krebs als Zugkraft engagiert. Es bedarf aller Wksamkeit der Arbeiterschaft, daß dieses Zugtier seinem natürlichen Triebe folgend, nicht nach rückwärts fortschreitet. Es darf noch vorwärts zu bringen, dazu gehört schon eine Miesentat und eine immense Geduld, Eigenschaften, über die nur die ziel- und siegbewußte Arbeiterschaft verfügt.

Dass dem so ist, das haben speziell unsere Breslauer Kollegen zur Genüge erfahren. Wiederholten sie in Versammlungen und Petitionen eine kommunale Verbesserung der Sonntagsruhe angeregt, unisoni, der Breslauer Magistrat schien blind und taub für derartige Arbeiterswünsche zu sein. Im Jahre 1906 begannen die Kollegen dann ihrer Fortsetzung erneut Nachdruck zu geben, wie aus jenen dem Versammlungsbeschluss hervorgeht: "Die heute am 25. November im 'Goldenen Zepter' tagende Versammlung der Breslauer Haushälter, stimmt den Ausführungen des Referenten vollkommen zu, daß seitens der Stadtgemeinde bisher nicht das geringste geschehen ist, die vollständige Sonn- und Feiertagsruhe im Handelsgewerbe, wie sie im Interesse der Angestellten unabdingt geboten ist, herbeizuführen, wie es auch durch Aussiedlung eines Ortsstatuts möglich ist. Eine Reihe von deutschen Städten hat die vollständige Sonntagsruhe eingeführt und so sind die Versammelten der Meinung, daß auch Breslau sich dieser sozialen Pflicht nicht entziehen sollte. Die Versammelten ersuchen daher den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium, zu der Frage der Sonntagsruhe baldmöglichst Stellung zu nehmen und dem Wunsche der Petenten zu entsprechen."

In Ausführung dieses Beschlusses wurde dann dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung seitens der Organisationsleitung folgende Petition übermittelt:

Breslau, im Dezember 1906.
An den Magistrat und das Stadtverordneten-Kollegium der Königlichen Haupt- und Residenzstadt
Breslau.

Hochgeehrte Herren!

Eine gut besuchte Versammlung hiesiger Haushälter und Packer beauftragte die ergebene unterzeichnete Leitung der betreffenden Versammlung, beifolgende Resolution zu übermitteln, zugleich die Unterschriften derselben beizufügen, die sich nachträglich dieser Resolution anschlossen. Indem wir uns des geworbenen Auftrags hierdurch entledigen, bitten wir ganz ergebenst, einige Bemerkungen machen zu dürfen.

Als vor einem Melde von Jahren seitens der Reichsregierung das Gesetz betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe dem Reichstage vorgelegt wurde, begannete dasselbe starken, unberechtigten Angriffen seitens der Herren Arbeitgeber und deren Berufsvorstellungen. Es wurde behauptet, daß das Handelsgewerbe schwer geschädigt würde, wenn die Ladengeschäfte nicht (mit Ausnahme der Kirchzeit) den ganzen Sonn- und Feiertag offen gehalten werden könnten.

Diese hastlosen Behauptungen sind schon längst durch die Tatsache widerlegt worden, daß heute sowohl Kaufleute wie Publikum sich an die Sonntagsruhe gewöhnt haben.

Wir sind nun der Ansicht, daß eine vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht nur allein für die zahlreichen Angestellten und Prinzipale dringend geboten erscheint, sondern, daß auch das laufende Publikum sich ebenfalls sehr bald mit der Tatsache abfinden würde. Schon heute entlohnbar ist hier und kleinere Betriebe ihre Arbeiter am Freitag, um den Arbeiterfrauen den Einkauf am Samstagabend zu ermöglichen.

Waren an Sonntagen die Ladengeschäfte geschlossen, so würden unzweckhaft die Lohnzahlungen bald in allen Betrieben am Freitag stattfinden.

Die zu erwartende Landwirtschaft, welche Sonntags-Einsätze besorgt, ist nachweislich sehr gering, da auch diese meistens an Wochenenden ihre Einsätze besorgt.

Bei der im Handelsgewerbe leider noch sehr üblichen langen Arbeitszeit ist aber eine vollständige Sonntagsruhe, namentlich für das Familienleben der Verheiraten, ein dringendes Bedürfnis, welches leicht befriedigt werden könnte, wenn gleichmäßig alle Geschäfte geschlossen blieben und die Stützmauer auf die Konkurrenz wegsiegt, die schon heute manchen Geschäftsinhaber bewogen hat — den Laden offen zu halten, trotzdem er von der unbedingten Notwendigkeit des Offenhalts nichts überzeugt ist.

Für die Nahrungsmittelbranche würde in der Übergangszeit ein Offenhalten der Läden in der Zeit von 7—9 Uhr vormittags vollkommen genügen, um das laufende Publikum an die baldige vollständige Sonntagsruhe zu gewöhnen. Eine große Reihe deutscher Städte hat durch Ortsstatut vollständige Sonntagsruhe eingeführt, in einer Anzahl anderer Städte ist die Verlaßzeit wesentlich geskürzt worden.

Die entwickeltesten Handelsländer der Welt — England und die Vereinigten Staaten von Amerika — haben vollständige Sonntagsruhe, ohne lediglich Beschränkung. Mit Ausnahme der Nahrungsmittelbranche, von welcher wir Widerstand vermuten, wird keine Branche ein lebhafes Interesse an dem Offenhalten der Läden am Sonn- und Feiertag haben.

Angesichts der Tatsache aber, daß tausende von Angestellten schon seit Jahren fordern, endlich einmal wie andere Menschen — nur 6 Tage zu arbeiten und am 7. zu ruhen, bitten wir höflich, und dringend die städtischen Körperschaften Sinne der Resolution zu wirken und recht bald durch Ortsstatut die vollständige Sonn- und Feiertagsruhe im Handelsgewerbe herbeizuführen zu wollen.

Hochachtungsvoll ergebenst

(Unterschriften.)

Auf diese Petition fand es der Breslauer Magistrat nicht nötig auch nur zu antworten. Die Kollegen beschlossen daher im September 1907, gegen das gleichgültige Verhalten des Magistrats energisch Protest zu erheben. Folgende Resolution wurde zum Beschluss erhoben:

Die am 28. September 1907 in den "Union-Zoffalen" tagende Versammlung Breslauer Haushälter und Geschäftsdienner bedauert auf das lebhafte, daß der Magistrat der Stadt Breslau es nicht für notwendig gehalten hat, auf eine Petition vom November vorjähriges Bescheid zu geben.

Die Versammelten glauben, daß der Magistrat verpflichtet sein muß, Petitionen, wenn auch nur eines Teiles der hiesigen Bürgerschaft, zum mindesten zu beantworten.

Die Versammelten bedauern ferner, daß anscheinend so wenig Neigung vorhanden ist, eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe herbeizuführen.

In Versöhnung dieses Beschlusses wurde folgendes Schreiben an den Magistrat gesandt:

Die ergebnisvolle Unterzeichnung gestattet sich hierdurch die höfliche Anfrage, welche Schritte Wohlverschuldeten hat, um eine Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe herbeizuführen. Wir glauben zu dieser Anfrage umso mehr berechtigt zu sein, als wir bis zum heutigen Tage auf die von uns im November v. J. eingereichte Petition bedauerlicherweise keinen Bescheid erhalten haben.

Wir haben privatim munkeln hören, daß der Magistrat die hiesige Handelskammer um ein Gutachten in dieser Frage aufgefordert habe. Ohne Kenntnis von diesem Gutachten zu haben, können wir wohl mit aller Bestimmtheit behaupten, daß auch in dieser Frage die Handelskammer von Breslau ihrem Rufe treu gehoben sein wird, in sozialpolitischer Hinsicht die reaktionärste Kammer ganz Deutschlands zu sein.

Es ist uns bis zum heutigen Tage nichts bekannt geworden, was diese unsere Aussageungen liegen lassen könnte.

Wir bitten deshalb den Magistrat, dem Guteachten der Handelskammer keine Beachtung zu schenken und den vielen Tausenden von Angestellten im Handelsgewerbe eine größere Sonntagsruhe zu verschaffen als es heute der Fall ist.

Dass dies durchaus möglich ist, beweisen ja viele deutsche Städte, die entweder vollkommen Sonntagsruhe eingeführt oder ein Offenhalten der Läden nur für die Nahrungsmittelbranche gestaltet.

Auch für die Angestellten im Handelsgewerbe dürfte der berechtigte Ausspruch des Herrn Oberbürgermeister Dr. Bender in der Stadtverordnetenversammlung zutreffen, daß vielen Menschen der Sonntag ein besonderer Feiertag ist.

Wir bitten deshalb ergebenst, im Sinne der von uns eingereichten Petition baldigst eine Gesetzesförderung volkstümlicher Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Ortsstatut herbeizuführen zu wollen."

Darauf kam endlich Antwort. Der Magistrat teilte mit, daß er die Handelskammer und den Ausschuss des Kaufmannsgerichts um ein Gutachten über die Frage ersucht habe und bereit sei, die Sache nach Möglichkeit zu fördern.

Die Vorschläge des Ausschusses des Kaufmannsgerichts haben folgenden Wortlaut:

Einschränkung der sonntäglichen Geschäftstätigkeit auf 1½ Stunden und zwar für den Steinhandel auf 11½—1 Uhr für Groß-Fabrik-, Werk- und Speditionsgeschäfte auf die Zeit von 8—9½ Uhr und den völligen Ladenschluß an allen Sonntagen des Juli und August."

Diese Vorschläge wurden in einer Versammlung unserer Kollegen eingehend erörtert und allseits als ungenügend befunden, welche Ansicht in dieser Resolution ihren bereiteten Ausdruck fand:

Die heute im großen Saale der "Union-Zoffale" stattgefundenen Versammlung spricht ihr lebhaftestes Bedauern darüber aus, daß der Ausschuss des Kaufmannsgerichts Vorschläge zur Erweiterung der Sonntagsruhe gemacht hat, durch welche die Handelsarbeiter keinerlei Vorteile erzielen können, da auch durch diese Vorschläge die Arbeitszeit an Sonntagen eine so verschiedene und lang ausgedehnte ist, daß von einer wesentlichen Verkürzung keine Rede sein kann.

Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auch sie einen Anspruch auf einen völlig freien Sonntag haben.

Trotzdem sind die Versammelten vorsichtig mit dem Ausschuss des Kaufmannsgerichts in Vorschlag gebrachten Verkürzung einverstanden, aber unter dem ausdrücklichen Verlangen, daß die Arbeitszeit nur in die Morgenstunden gelegt wird. Ganz besonders erwarten aber die Versammelten vom hiesigen Magistrat, daß nach einer Übergangszeit die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eingeführt wird."

Übermals schrieb die Organisationsleitung am 11. November 1907 an den Magistrat:

"Eine am 6. d. Monat stattgefundenen, gut besuchte Versammlung hiesiger Haushälter und Packer, die sich mit den Vorschlägen des Ausschusses des Kaufmannsgerichts betreffend Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eingehend beschäftigte und in allen ihren Punkten dem Referenten bestätigte, beauftragte die ergebnisvolle unterzeichnete Leitung bei folgende Resolution, die einstimmig Annahme gefunden hatte, demselben zu unterbreiten:

Indem wir uns des geworbenen Auftrags hierdurch entledigen, bitten wir ganz ergebenst, noch einmal Bemerkungen machen zu dürfen.

Wenn hier der Ausschuss des Kaufmannsgerichts Vorschläge zu einer Verkürzung der Arbeitszeit an Sonntagen gemacht hat, die zum Teil in die Mittagsstunden verlegt werden soll, so können die Handelsarbeiter sich nicht einverstanden erklären, da diese Festsetzung der Arbeitszeit eine so sonderbare ist, daß von einem eigentlichen Feiertag dann keine Rede mehr sein kann.

Mit Ausnahme der Nahrungsmittelbranche, für die eine Übergangszeit geschaffen werden konnte, sind die Versammelten nach wie vor der Ansicht,

dass auch am hiesigen Orte die Einführung der vollen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe möglich sei, ohne dass irgend eine Branche Nachteil dadurch hätte.

Die Versammlungen erkennen dankbar an, dass jetzt schon Geschäftsinhaber einzelner Branchen während der Sommermonate ihre Geschäfte an Sonntagen vollständig geschlossen halten.

Die Versammlungen sehen es immerhin als einen Fortschritt an, wenn die Arbeitszeit an Sonntagen auf $1\frac{1}{2}$ Stunden festgesetzt wird, richten aber an den hiesigen Magistrat das ergebene Ersuchen, den Vorschlägen des Ausschusses des Kaufmannsgerichts nicht zu entsprechen, sondern die Arbeitszeit für alle Branchen in die Morgenstunden vor dem Hauptgottesdienst zu legen, damit beide Teile, Privatleute und Angestellte, die übrige Zeit als Feiertag für sich in Anspruch nehmen können.

Wir blitzen den hochlöhl. Magistrat höflich und dringend, nach einer Übergangszeit die völlige Sonntagsruhe herbeizuführen, damit auch den Angestellten im Handelsgewerbe ein vollkommen freier Sonntag als Feiertag gewährleistet ist.

Wir geben alle diese Beschlüsse und Schreiben wieder, um allen unseren Lesern kundzutun, mit welcher Zärtlichkeit unsere wackeren Breslauer Kollegen den Kampf geführt haben.

Da endlich, am 1. März d. J., brachte das "Breslauer Gemeindeblatt" die Frucht all dieser mühsamen Arbeit in Form eines Ortsstatuts-Entwurfs, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe:

O r t s s t a t u t

betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Gemäß § 105b, Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Angestellter bestimmt:

§ 1.

Am Sonntagen des Juli und August dürfen im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur beschäftigt werden in der Zeit von

- a. von 8 bis 9 Uhr vormittags in den Detailgeschäften der Lebensmittelbranche und in solchen mit landwirtschaftlichen Maschinen und frischen Blumen,
- b. von 11 bis 1 Uhr mittags in den Detailgeschäften der Fabrik- und Lebensmittelbranche, in denen mit frischen Blumen, sowie in Speditions-

In allen übrigen Geschäften und Kontoren ist die Beschäftigung der obenbezeichneten Personen an den Sonntagen des Juli und August verboten.

§ 2.

An den übrigen Sonn- und Feiertagen ist im Handelsgewerbe die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern (unbeschadet der Bestimmung in § 1, Abs. 2 § 105b R. G. O.) nur gestattet:

- a. von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 11 bis $1\frac{1}{2}$ Uhr mittags in den Detailgeschäften der Lebensmittelbranche und in denen mit frischen Blumen,
- b. von 11 bis $12\frac{1}{2}$ Uhr mittags in allen übrigen Groß- und Detailgeschäften, sowie in Fabrik- und Speditions-

§ 3.

Im Bankgeschäften dürfen unbeschadet der Bestimmung in § 1 dieses Ortsstatuts Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur an höchstens 8 Sonn- oder Feiertagen in einem Kalenderjahr in der Zeit von 11 bis $12\frac{1}{2}$ Uhr beschäftigt werden.

Diese acht Tage nach Bedarf zu bestimmen, ist den Geschäftsinhabern freigestellt.

§ 4.

In Geschäften, welche am Sonnabend geschlossen sind, dürfen an Sonntagen die südländischen Angestellten während des ganzen Jahres von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 11 bis $1\frac{1}{2}$ Uhr mittags beschäftigt werden.

Die Geschäftsräume müssen jedoch in dieser Zeit geschlossen bleiben, soweit sie nicht nach den vorhergehenden allgemeinen Bestimmungen offen sein dürfen.

Breslau, den

Der Magistrat."

Also doch etwas, wenn auch nicht besonders viel. Auf einen Hieb fällt eben kein Baum.

Aus den diversen Gutachten, die seitens der verschiedenen Körperschaften in der Frage abgegeben wurden, wollen wir nur einige ganz markante Bemerkungen wiedergeben.

Da war es vor allen die Handelskammer, die alle Mienen springen ließ, um die unbechränkte Ausbeutungsfreiheit aufrecht erhalten zu können. In der Hitze des Geschehns ist ihr dabei ein Lapsus passiert, der das homerische Gelächter selbst des Breslauer Magistrats herausfordern musste. Es heißt an einer Stelle ihres samsten Gutachtens:

"Es gibt aber auf der anderen Seite, eine ganze Menge von Geschäftszweigen und gewisse Klassen von Kaufleuten, in denen und von denen die Sonntagsarbeit, wenn auch in zeitlich begrenztem Umfang, nicht entbehrt werden kann. Hierzu gehört in erster Reihe der Kleinhandel, und zwar nicht nur die Nahrung- und Genussmittelbranche, sondern überhaupt mit allen Arbeiten für die Versorgung der Bedürfnisse des täglichen Lebens. Solange ganze Bevölkerungsschichten, wie der Arbeiter, Privatangestellte, Beamte, Kleinbauern, gewerbliche und kaufmännische Angestellte etc. bis zum spätesten Abend an ihre Arbeitsstätte oder Dienststube gefesselt sind, muss ihnen die Möglichkeit unverschont bleiben, ihre Einkäufe auch an anderen Verkaufsstätten, als den zum Nahrungsunterhalt unmittelbar

nötigen, wenigstens an einer Tage der Woche bei Tageslicht in Ruhe abzuwickeln."

Die verehrten Handelskammerweisen haben nicht bedacht, dass der Kleinkaufmann und die laufmännischen Angestellten erst recht am Sonntag nichts einzukaufen können, weil sie doch nach dem Willen der Handelskammer den ganzen Sonntag ihren Laden offenhalten resp. dort täglich sein müssen.

Von ebenso grobartiger Logik und Gedankenschärfe zeugt auch der folgende Satz des genannten Handelskammergutachtens:

"Wir stehen auf dem Standpunkt, dass gerade für den hiesigen Platz umso weniger ein Anlass und ein Bedürfnis für behördliche Zwangsmärcregel zur Herbeiführung größerer Sonntagsruhe im Geschäftsleben besteht, als sich deren allmäßliche Einholung, soweit sie überhaupt möglich und durchführbar ist, auf dem Wege freiwilliger Betätigung seitens der beteiligten Geschäftsinhaber in durchaus leichtbare Fortschritte macht."

Ma wenn die Kaufleute schon freiwillig zur Verwirklichung der Sonntagsruhe übergehen, dann beweist diese Tatsache doch schlagend, dass all das Geiste der Handelskammer gegen eine verbesserte Sonntagsruhe nur blühender Unsinn ist, beweist es ferner, dass die Handelskammer nicht die Interessen der derselben Kaufleute, sondern nur die der verbliebenen und geistig zurückgebliebenen Kleinbürokratie vertritt. Auch ein nettes, aber zugleich wertvolles Gedächtnis.

Selbst die Breslauer Bankier-Vereinigung verabschiedet den Handelskammerberichten in ihrem Gutachten ein paar quizzende Bäckerschläge, indem sie schreibt:

"Unser in der vorigen Anfrage angezogenes Gutachten vom 28. September 1900, wonin wir uns damals gegen jede weitere zwangsläufige Beschränkung der Sonntagsarbeit im Bankgewerbe aussprachen, beruhte im wesentlichen auf der Erfahrung, dass eine nicht geringe Anzahl Bankgeschäfte am hiesigen Platze nach der Art ihrer Kunden darauf Rücksicht nehmen müssen, mit diesen auch an den Sonntagen arbeiten zu können, und andererseits auf der Verstärkung der Befreiungen der älteren, in leitenden Stellungen befindlichen Beamten, wie der Kassierer, Oberbuchhalter, Korrespondenzchef, Depotverwalter usw., welche es sich nicht nehmen lassen wollen, aus eigener freier Entscheidung, zur Vorbereitung ihrer Arbeit an dem folgenden Werktage, auch am Sonntag im Geschäft zu erscheinen und von den neuesten Eingängen Kenntnis zu nehmen.

Zimmerhin nehmen wir, nachdem sich inzwischen bleibende Einsichten über die Verteilung der Durchführung einer größeren Sonntagsruhe im Bankgewerbe gezeigt haben, keinen Anstand, zu erklären, dass wir den Wünschen und Interessen einzelner gegenüber dem allgemeinen Widerstande in der Handlungsgemeinschaft kein ausweg zu schaffen haben, und dass wir infolgedessen gegen eine Erweiterung der Sonntagsruhe im Bankgewerbe unsere grundlegenden Bedenken nicht mehr aufrecht erhalten."

Wie sagt doch Altkirch: "Die durch Freiheit zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen; die im Freium verharren, das sind die Narren!"

Endes, noch haben die Breslauer Kollegen ihr Ortsstatut nicht im Hafen, noch kann das Schifflein an vielen Klippen scheitern, wenn nicht der Steuermann Organisation das Ruder fest in die starke Hand nimmt. Die Feinde der Sonntagsruhe, sie werden jetzt erst recht all ihre Geschütze auffahren und um ihren Angriff siegreich abzuschlagen, muss jeder Kollege treu auf seinem Posten stehen und seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen.

Aus dem Wuppertal.

Die "Vereinigung der Fuhrwerksbesitzer und Güterverkäufer des Wuppertals" veröffentlicht in Nr. 4 des "Fuhrhalters" ihren Geschäftsbericht für 1907. Der Bericht enthält so viel interessantes und belehrendes für unsere Kollegen, dass wir sie mit einigen Stellen daraus bekannt machen wollen.

Der Bericht sagt: "Bezüglich der Abstellung Möbeltransport unserer Vereinigung ist für das vergangene Geschäftsjahr im allgemeinen nur erfreuliches zu berichten. Die Vorteile des Zusammenschlusses traten dank des einschlüssigen Beihaltens der Mitglieder am beschlossenen Tarif nach jeder Richtung hin in die Erscheinung, sodass den Beteiligten der Entschluss, die Konvention auch für das nächste Jahr beizubehalten, sicherlich nicht schwer fallen wird . . ."

Auch im Kurzfuhrgewerbe machen sich um die Mitte des Jahres erfreuliche Bemühungen geltend, welche auf einen Zusammenschluss der bezüglichen Unternehmer zum Zwecke des Abschlusses einer Preiskonvention hinstreben.

In Elberfeld ist eine völlige Einigung auf Grundlage eines gemeinsamen und bereits in Kraft getretenen Tarifs zustande gekommen, während in Barmen trotz vieler aufgewandter Mühe und zahlreicher Zusammenkünfte die Einigungsbestrebungen bedauerlicherweise nicht den gewünschten Erfolg hatten. . . .

Am 8. August d. J. hielt der Vorsthende der Zentralstelle des deutschen Möbeltransports, Herr Emil Beck, Berlin, im Reichshof zu Elberfeld einen Vortrag über das Thema: "Die Transport-, Verkehrs- und Handelsgewerbe und der Terrorismus der gewerkschaftlichen Bewegung", in welchem er die Gefahren schilderte, welche den beteiligten Unternehmen durch das Vorgehen des Transportarbeiter-Verbandes drohen und zum An-

schluss an den im Mai v. J. in Berlin gegründeten Central-Verband deutscher Arbeitgeber in den Transport- und ähnlichen Gewerben aufforderte. Zu dem Vortrage waren von Seiten der Vereinigung ca. 800 Einladungen versandt worden, da nicht nur sämtliche Mitglieder, sondern auch die Inhaber verwandter Betriebe und Pferdebesitzer, die Arbeiter, Angestellte und Knechte beschäftigten, aus Elberfeld, Barmen und Umgegend eingeladen worden. Von den Anwesenden wurde den eingehenden Ausführungen des Herrn Beck lebhafte Aufmerksamkeit geschenkt, welche die Angelegenheit weiter verfolgen soll.

Dann heißt es an einer anderen Stelle des Berichts noch: "Einer im Februar v. J. eingegangenen Einigung der Ablader sämtlicher Barmer Bahnhöfe, wegen Erhöhung der Abladerlöhne, gegenüber stellte sich die Vereinigung auf einen ablehnenden Standpunkt. Die Einigung wurde von Vereins wegen nicht angenommen."

Nach diesem Bericht besitzen die Fuhrherren und Güterverkäufer des Wuppertals eine straffe Organisation. Ihr Verdanken sie nicht nur die abgeschlossenen Tarife über die Höhe der Fuhrpreise, die Befreiung der Schnitzkonkurrenz, sondern auch die erfreulichen Geschäftsergebnisse des vergangenen Jahres. Die Versammlung, in der Herr Beck aus Berlin referierte, beweist, dass die Herren auch eine intensive Agitation für den Ausbau ihrer Organisation entfalten. Der Anschluss an den Central-Verband deutscher Arbeitgeber im Handels-, Transport- und ähnlichen Gewerben wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Fuhrherren haben die Vorteile einer guten Organisation erkannt und handeln danach. Zu der brutalen Ablehnung der Forderungen der unorganisierten Ablader der Barmer Bahnhöfe im vergangenen Frühjahr, gab Ihnen auch Ihre Organisation erst den nötigen Rückhalt.

Höhe Fuhr- und Verladerpreise und niedrige Arbeitslöhne, das ist das Ziel, nach dem Fuhrherren und Güterverkäufer streben. Ihre Organisation dient Ihnen als Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Der Geschäftsbericht Ihrer Organisation zeigt, dass sie dem gesteckten Ziele ziemlich nahe gekommen sind.

Was hat nun das vergangene Jahr den Kollegen, Fuhrleuten, Kutschern, Speditionsarbeiter und Ablader gebracht? Können auch Sie, wie Ihre Unternehmer von einer "erfreulichen Verbesserung" ihrer materiellen Lage, von einem gezielten Einfluss Ihrer Organisation auf die Gestaltung Ihrer Lebenshaltung berichten? Nein!

Die Existenzbedingungen der Wuppertaler Transportarbeiter sind auch heute noch die denkbar traurigsten. Bei einer übermäßig langen, den Körper ruinernden Arbeitszeit, bei niedrigen Lönen, die kaum ausreichen, die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, und einer ungerechten, teils rohen Behandlung seitens Ihrer Unternehmer, schleppen Sie Ihr Leben dahin. Ihre Familien wohnen in luft- und lichtarmen, kaum mit dem nordöstlichsten Hausrat ausgestatteten Wohnungen. Not und Mangel, Sorge und Krankheiten sind bei Ihnen die ständigen, ungeheilten Gäste, und keine Freude, kein Sonnenchein erhält und erlebt Ihr Leben. Ja, die letzten Jahre wirtschaftlicher Hochkonjunktur, die den Unternehmern Verge von Gold gebracht haben, haben die Leiden, das materielle Glend der Wuppertaler Transportarbeiter noch vermehrt. Trotz der kolossalen Steigerung der Presse sämtlicher Lebensmittel, der Bevölkerung und Mieten ist der Lohn der Kollegen derselbe geblieben. Keinem Fuhrherren, keinem Güterverkäufer ist es eingefallen, von seinem gestiegenen Gewinn seinen Arbeitern auch nur einen Pfennig Lohnzulage zu gewähren. Kalt und gefühllos haben Sie jede, auch die bescheidenste Forderung Ihrer Arbeiter abgelehnt.

Und warum konnten die Fuhrherren und Güterverkäufer mit den Früchten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur Ihre Räte und Kästen füllen? Und warum gingen die Arbeiter leer aus, warum brachte Ihnen die Hochkonjunktur noch vermehrte Leiden, gröbere Glend? Weil die Kollegen, Fuhrleute und Ablader, in Ihrer Mehrheit auch heute noch der Organisation ablehnend gegenüberstehen, wohlgegen die Unternehmer sich eine starke Organisation geschaffen haben. Dieser Organisation verdanken die Unternehmer nicht nur die Befreiung der Schnitzkonkurrenz, die Steigerung der Fuhrpreise um 15–25 Prozent, sondern sie gab Ihnen auch die Macht, jede geforderte Lohn erhöhung der Arbeiter abzuwenden.

Und warum konnten die Fuhrherren und Güterverkäufer mit den Früchten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur Ihre Räte und Kästen füllen? Und warum gingen die Arbeiter leer aus, warum brachte Ihnen die Hochkonjunktur noch vermehrte Leiden, gröbere Glend? Weil die Kollegen, Fuhrleute und Ablader, in Ihrer Mehrheit auch heute noch der Organisation ablehnend gegenüberstehen, wohlgegen die Unternehmer sich eine starke Organisation geschaffen haben. Dieser Organisation verdanken die Unternehmer nicht nur die Befreiung der Schnitzkonkurrenz, die Steigerung der Fuhrpreise um 15–25 Prozent, sondern sie gab Ihnen auch die Macht, jede geforderte Lohn erhöhung der Arbeiter abzuwenden.

Kollegen! Lernet daraus! Einzelne sind die Arbeiter schwach und der Willkür und Ausbeutungslust der Unternehmer schutzlos preisgegeben, aber vereint bilden sie eine Macht, an der die Ausbeutungsgelüste der Unternehmer verschwinden müssen.

Es kann Euch Kollegen doch wahrhaftig nicht gleichgültig sein, ob Eure Arbeitsstelle eine gute oder schlechte ist, ob Ihr und Eure Frauen und Kinder ein gutes Auskommen habt, oder ob Ihr darben und vereinden müsst und Euch Eure Kinder noch über den Grabenhügel hinweg flüchten, weil Ihr nicht Hand angelegt habt, Euer Dasein erträglich zu gestalten. Wer in der heutigen Zeit, wo das Unternehmertum in der rücksichtslosen Weise seinen Profit nach allen Richtungen trachtet und die Rechte der Arbeiter unter die Füße nimmt, seine Heimat sieht, ist kein guther Mann, ist kein echter Familienvater, sondern trägt selbst die ganze Schuld an seinem Glend und schindet selbst die Rechte, die ihn an sein trauriges Dasein fesselt. Deshalb werft Eure Fassottität, Eure Latenzlosigkeit ab, stützt Euch auf Eure Kraft und schließt Euch dem Deutschen Transportarbeiter-Verband an, dann werden bessere Zeiten für Euch kommen.

Nicht in gesetzlichen Berufsvereinen (Fuhrmannsvereinen), denen auch zum Teil die Unternehmer als Mitglieder angehören, liegt Euer Heil, sondern die dienen dazu. Euer Glend zu verteidigen. Eure unerträglichen Verhältnisse werden nicht gebessert, wenn die Fuhrherren bei Heftigkeiten solcher Vereine 20 Mt. und mehr zum Besten geben und dafür ein Hoch bekommen, sondern nur verschlechtert. Nicht durch Feste und Geschenke wird Euch geholfen, sondern Euch fehlt klarere Arbeitszeit und höherer Lohn. Haben Euch die Fuhrherren jemals zu Ihren Vereinsversammlungen zugelassen? Könn't Ihr Mitglieder Ihrer Organisation werden? Nein! Die Herren bleiben schön unter sich und beraten in Ihren Versammlungen, wie sie aus Eurem Fall am besten kleinen schneiden können. Deshalb, Kollegen,

heraus aus den geselligen Vereinen und hinein in Eure Berufsorganisation! Wir werden in Zukunft um die minimale Lohnförderung, um die geringste Verkürzung der Arbeitszeit die erbittertesten Kämpfe führen müssen, denn wir haben es hier im Wuppertale mit einem gut organisierten Unternehmertum zu tun, das rücksichtslos seinen Herrenstandpunkt, seinen Profit verteidigen wird.

Ihr seid gewarnt! Nur in einer starken, alle Berufsangehörigen umfassenden Organisation findet Ihr den nötigen Schutz gegenüber der feinen Grenzen kennenden Ausbeutungsmittel des kapitalistischen Droschken- und Spekulantenums. Deshalb hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband und führt mit uns gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus, der die Erde für die arbeitende Bevölkerung zu einem Tal des Jammers und des Elends gemacht hat.

Unser Ziel ist die Sicherung der Existenz der Arbeiter, die Überführung eines gesellschaftlichen Zustandes, der Freiheit und Glück bringen wird für Mann, Frau und Kind, für alles, was Menschenartig trägt.

Deshalb, Kollegen, werdet und werdet Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes!

Arbeitslohn und Unfallrente.

Die Mehrzahl der Unfallverletzten achtet gewöhnlich, wenn sie nach langem Warten, Hoffen und Harren, endlich den Rententscheid von der Berufsgenossenschaft erhalten hat, nur auf die Höhe der Rente. Der Prozentsatz ist es, welcher gewöhnlich nur den Streit und die Ursachen zur Anfrage bei der Verbandsleitung, Arbeiterssekretariat usw. gibt. Ob 25 p.C., 50 p.C. oder 100 p.C., das ist die Frage. Einen sehr wichtigen Punkt vergibt man dabei gewöhnlich: die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes. Die Unfallrente der gewerblichen Berufsgenossenschaft, zu welcher bekanntlich ja auch die Lagerei-B., Fuhrwerks-B., Straßen- und Kleinbahn-B. gehören, richtet sich nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes des Verletzten. Während bei der Krankenversicherung gewöhnlich der Lohnsatz einer durchschnittlichen Klasse laut Statut maßgebend ist, bei der faulen Invalidenversicherung die Rente sich nach der Höhe und Zahl der verwendeten Vertragssmartern als Zuschlag zum Reichszuschlag richtet, kennt das Gewerbeunfallgesetz: Individualzuschlag, sofern diese den ortüblichen Tagelohn übersteigt.

Würde z. B. ein Transportarbeiter mit einem Unfallslohn von 2,50 M. pro Kopf eingestellt, so hat er im Falle eines Unfalls Anspruch auf Anrechnung des ortüblichen Tagelohnes, wenn dieser höher als 2,50 M. ist. Ist dieser Satz z. B. 8,10 M., so rechnet sich der sog. Jahresarbeitsverdienst mit 800 Arbeitstagen \times 8,10 M. = 800 M., obgleich er nur $800 \times 2,50$ M. = 750 M. verdient hat. Sehr oft vergessen dies die schlauen Berufsgenossenschaften und setzen dieselben den Satz von 750 M. als den "ermittelten Jahresarbeitsverdienst" des Verletzten in den Rententscheid ein. Aehnlich verhält es sich bei Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern, deren Löhne niedriger als die ortüblichen Tagelöhne sind. Es ist dies also speziell zu beachten.

Ist der Tagesservice eines Verletzten höher als der ortübliche Tagelohn seines Beschäftigungsortes, so muß dessen wirklicher Verdienst der Rente zu Grunde gelegt werden. Wieber ist dabei der größte Wert auf die Höhe der Löhne zu legen, da die Berufsgenossenschaft sich nach den Lohnlisten der Unternehmer richtet. Da aber der Jahresbeitrag, die Umlage zur Unfallversicherung sich auch nach der Höhe der Jahresarbeitslöhne richtet, so ist es begreiflich, daß viele Unternehmer der Berufsgenossenschaft gegenüber sehr niedrige Löhne angeben, um Beläge zu sparen, während bei jeder Lohnbewegung, Streiks der Arbeiter diese Löhne nicht hoch genug angegeben werden können, um der "unparteiischen Offenlichkeit" die "Begehrlichkeit" der Arbeiter vor Augen zu führen. Zu beachten ist also, daß der wirkliche Verdienst eines Arbeiters angezeigt ist, den er ein Jahr vor dem Unfall zurückgerechnet, erhalten hat.

War der Verletzte kein volles Jahr im Betriebe tätig, als der Unfall sich ereignete, so muß seiner Rente der Jahresverdienst eines langjährigen Arbeiters zu Grunde gelegt werden. Ist kein gleichartiger Arbeiter im Betriebe vorhanden, so muß ein Arbeiter eines benachbarten gleichartigen Betriebes ermittelt werden, der länger als ein Jahr dort tätig ist. Dies ist sehr wichtig, da Neulinge im Betriebe viel mehr der Unfallgefahr preisgegeben sind als langjährige Arbeiter, die mit dem Betrieb, der Art des Betriebes usw. besser vertraut sind. In vielen Betrieben ist es auch Sache, daß die Neulinge sog. "Ansangslöhne" erhalten, die weit hinter den Löhnen langjähriger Arbeiter zurückliegen. War z. B. nun der Unfallslohn eines Verletzten nur 8 M. pro Tag, so würde ihm die schlaue Berufsgenossenschaft einfach nach der Lohnliste 800 \times 8 M. = 800 M. anrechnen. Weiß er aber, daß langjährige Mitarbeiter desselben oder gleichartiger Betriebe am Orte z. B. 4,20 M. pro Tag verdienen, so wird er mit Erfolg 800 \times 4,20 M. = 1280 M. von der Berufsgenossenschaft reklamieren können. Ja, die Unterschiede sind auch im Transportgewerbe noch größer. Vor uns liegt ein Unfallbericht, welches beweist, daß die Fuhrwertsberufsgenossenschaft einem verletzten Fahrerschen, der nur 10 Tage im Betriebe erst tätig war, als er den schweren Unfall erlitten hatte, zuerst nur einen Jahresverdienst von 820 M. bot. Das Arbeiterssekretariat machte den Verletzten darauf aufmerksam, daß dieser Lohnsatz niedriger als der übliche Verdienst der Fuhrleute sei, jedenfalls langjährige Arbeiter des Betriebes höhere Löhne verdienen würden. Nur widerstreitend erklärte sich der Verletzte nach den Lohnsätzen seiner älteren Mitarbeiter und fand heraus, daß statt 820 M. ein Jahresverdienst von 1388 M. inkl. Trintgeldern usw. anzurechnen war. Diesen Satz müsste natürlich erst das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung feststellen, da die Berufsgenossenschaft sich "taub" stellte.

Und wie stellte sich die Rente nach dem neuen Jahresverdienst?

Der Verletzte sollte zuerst Rente aus 820 M. erhalten. Da die Vollrente nun $\frac{1}{8}$ des Jahresverdienstes beträgt, so wurde diese mit 44,80 M. angerechnet, eine Teilrente von

50 p.C. mit 273 M. und 10 p.C. = 54,70 M. pro Jahr. Nachdem jedoch der Jahresverdienst auf 1388 M. erhöht war, betrug die Vollrente 892 M., 50 p.C. Rente 446 M., 10 p.C. = 89,20 M. pro Jahr.

Hätte der Verletzte nun nicht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Rententscheides, was sicher geschehen wäre, wenn er nicht die Hilfe des Arbeiterssekretariats angerufen hätte, Berufung an das Schiedsgericht eingelegt, so wäre er zitlebens schwer geschädigt gewesen, da der Jahresverdienst immer beibehalten wird, wenn auch der Prozentsatz der Rente herab gesetzt oder erhöht werden sollte, so ist jeder Verletzte darauf hinzuweisen, so den angelegten Jahresverdienst genau zu prüfen und sich nicht auf die Berufsgenossenschaft zu verlassen. Umrläßt dies der Verletzte, so schädigt er sich unter Umständen nicht allein, sondern auch seine Familie, die im Falle seines Todes sich mit der niedrigen Rente begnügen muß, die sich wieder nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes richtet.

Deshalb, Augen auf!

Betriebs- oder Ortskrankenkasse?

Die Krankenkassen sind trotz der vielen Mängel, die ihnen noch anhaften, eine segensreiche Einrichtung für alle im Lohn beschäftigten Arbeiter.

Die Krankenkassen, ein Produkt der modernen Arbeiterbewegung, wurden in erster Linie von den fortgeschrittenen Arbeitern am Anfang der 70iger Jahre ins Leben gerufen und zwar als "freie Hilfskrankenkassen". Erst später, im Jahre 1883, wurden von "gesetzewegen" Krankenkassen errichtet, die sog. Zwangskrankenkassen. Nicht für alle Arbeiter wurden sie errichtet, sondern nur für einzelne Berufe, erst nach und nach wurde die Zwangsversicherung auf verschiedene andere Berufe ausgedehnt.

Wir haben die Innungen, die freien Hilfs- oder Zuschuß-, die Gemeinde-, Betriebs- und Ortskrankenkassen, sowie eine Anzahl von Schwindelkrankenkassen jeglicher Art. Wir wollen hier nur die Machie der Betriebs- gegen die Ortskrankenkassen in groben Strichen kennzeichnen.

Der Arbeitgeber kann eine Betriebskrankenkasse errichten, wenn er "seine Arbeiter" gehört hat. Straubt sich der Arbeiter, der Errichtung einer Betriebskrankenkasse zuzustimmen, so hat es der Arbeitgeber in der Hand, denselben zu entlassen. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit wird es dem Arbeitgeber leicht sein, einen andern willenslosen Arbeiter zu bekommen und der Arbeitgeber hat keinen Willen durchgesetzt. Der Arbeiter will leben, er wird sich freiwillig dem Willen seines Brotherrn fügen und Mitglied der Betriebskrankenkasse werden. Das freie Selbstbestimmungsrecht wird ihm durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber entzogen. Er muß nicht mit das ärztliche Attest mit 1-3 M. aus seiner Tasche bezahlen, sondern der Arbeitgeber wird denselben überhaupt nicht einstellen, wenn er mit einer ärztlichen Krankheit behaftet ist. Durch dieses ärztliche Attest erhält der Unternehmer bereits vor dem Arbeitssantritt einen Ausweis über den Gesundheitszustand des zu beschäftigenden Arbeiters. In der Ortskrankenkasse muß jeder ohne eine ärztliche Untersuchung aufgenommen werden.

Tritt der Arbeiter aus, oder wird er entlassen,

so verliest er nicht mit jedem Anspruch an die Betriebskrankenkasse, sondern er hat in seinem neuen Arbeitsverhältnis, die dort bestehende Kurrenzzeit der für diesen Betrieb zuständigen Krankenkasse durchzumachen, ist somit schwer geschädigt.

Ist er in der allgemeinen Ortskrankenkasse des Ortes versichert, so kann er bei jedem Unternehmer des Ortes seine Versicherung fortführen, ohne ein ärztliches Gesundheitsattest zu erbringen und ohne eine Kurrenzzeit durchzumachen. Ist der Arbeiter im Bereich der vollen Gesundheit eingetreten und viele

Jahre hindurch bei ein und demselben beschäftigt gewesen und bekommt dann ein chronisches Leiden, so wird der Arbeitgeber, weil er die Art der Krankheit genau kennt, den Arbeiter entlassen um dadurch seine Betriebskrankenkasse, für die er mit seinem Vermögen haftet, zu entlasten. Der Arbeiter bekommt nicht nur sein Krankengeld, sondern er ist zugleich brotlos. Noch schlimmer für den Arbeiter ist die Betriebskrankenkasse, wenn kostspielige Operationen unter mehreren Spezialärzten im Hospital vorgenommen werden müssen. Die Familie des Erkrankten bekommt in diesem Falle nur die Hälfte des Krankengeldes und der Arbeitgeber einer Betriebskrankenkasse wird in den seltsamen Fällen aus den Mitteln der Betriebskrankenkasse, also aus seinen eigenen, dies Krankengeld für die Familie erhöhen. Der Arbeiter ist gezwungen, die Operation nicht vornehmen zu lassen, um sein ganzes Krankengeld für seine Familie zu erhalten bzw. sobald als möglich nach der vollen Operation in seine Rente umgesetzte Wohnung zurückzukehren, wo sich bei ungünstiger Pflege und Ernährung sein Zustand verschlimmern, oder seine Genesung aber verzögern wird.

Der Arbeitgeber einer Betriebskrankenkasse wird mit den Mindestzulagen des gelegentlich vorgeschriebenen Krankengeldes gewähren, also jede erlaubte Mehrleistung hinnehmen. Der Arbeitgeber führt in der Betriebskrankenkasse den Vorsitz. Er ist über alles unzureichend und wird seine Maßnahmen hemmungslöslich einrichten. Der Einfluss, den er als Brotherr des Arztes, auf diesen ausübt, kann gleichfalls keineswegs im Interesse der Erkrankten liegen.

Sehr schlimm sieht es für die Arbeiter bei den Betriebskrankenkassen, sobald sie mit Geschlechtskrankheiten belastet sind. Der Arbeiter wird, weil er fürchtet, seine Krankheit wird unter seinen Betriebskollegen bekannt, in derartigen Fällen, die Krankheit so lange es irgend geht, verheimlichen, sich evtl. mit einem Arzt für sein Geld privat behandeln lassen, dadurch seine ganze Familie verstoßen oder

aber an der Krankheit zu grunde gehen, — aus falscher Scham. Wird er sich krank, so erfährt es sein Arbeitgeber und dieser wird dann eben keine Arbeit für einen solchen Arbeiter mehr haben. Aus diesen hier angeführten wenigen Gründen sollten alle unsere Kollegen, sobald der Unternehmer an sie herantritt, um eine Betriebskrankenkasse zu errichten, denselben kurz und bündig erklären: Wir brauchen keine Betriebskrankenkasse, sondern wir bleiben in der von den Arbeitern mit $\frac{1}{2}$, Stimmenmehrheit vertretenen und gut geleiteten Ortskrankenkasse. Stellen Sie an euch selbst und eure Familie und sagt euren Arbeitgebern, daß ihr selbst wisst, welche Art der Krankenversicherung für euch die bessere ist. Die Arbeitgeber, die Betriebskrankenkassen errichten, sind nur Wölfe im Schafsskleid.

Der Streik der Droschkenführer und Chausseure Münchens beendet.

Am Freitag, den 18. März 1908 wurde einstimmig der Bechluß gefaßt, den Streik abzubrechen, nachdem die Hochkonjunktur vorüber ist und ein Weltstreit trotz des großen Schadens der Wester, zwecklos erscheint.

Um den Frieden im Gewerbe herzustellen und auch den Western Gelegenheit zu geben, sich in ihrer friedliebenden Gestalt, die sie so oft in der bürgerlichen Presse zur Schau trugen, zeigen zu können, wurde am 11. März beschlossen, der Gehilfenausschuß wolle mit der Lohnkommission der Lohnabsicherung eine Verhandlung anbahnen. Vielleicht ist es möglich, die prinzipiellen Bedenken aus der West zu schaffen. Diese Verhandlung stand nur am 13. März statt und es zeigte sich, daß der Groß gegen die Organisation nur noch zugenumommen hatte. Die Herren Arbeitgeber erschienen in ihr das Karnickel, das ihnen einen so großen, uneinbringlichen Schaden zugesetzt hat. Sie selbst natürlich tragen seine Schuld, schwert doch über ihnen der heilige Falterius, den sie sich verschrieben haben und der auch den Droschkenführern helfen soll, wenn sie ihr Tag- und Nachtwerk von insgesamt 18 Stunden vollbracht haben. Hätten sie im vergangenen Jahre die Forderungen genehmigt, wäre der Kampf in diesem Jahre unterblieben; so aber wurden den Droschkenführern die Augen geöffnet und ehrlich traten sie der Organisation bei. Die Verhandlungen wurden nunmehr auf Grund der vorjährigen Eingabe geführt. Für die Droschkenführer wurde eine Arbeitszeit von 18 Stunden, eine Stunde Pause und 1,50 M. Tagelohn (früher 1 M.) sowie 20 p.C. der Einnahme festgelegt. Ferner soll von nun an das Wach- und Puhzeug vom Unternehmer bestritten werden. Für die Chausseure hingegen wurde eine direkte Verschlechterung geschaffen. Während sie früher einen garantierten Tagelohn von 4 M. hatten, sollte ein Tagelohn von 1,50 M. und 10 p.C. der Einnahme festgelegt werden. Der garantierte Tagelohn von 4 M. soll in Wegfall kommen. Wenn also der Chausseur auf der Straße monitoriert muss, was bei den schlechten Wagen hier in München sehr oft der Fall ist, so hat er oft weiter nichts als seinen festen Tagelohn von 1,50 M. Nach fünfjähriger Dauer der Einigungsverhandlungen, unter dem Vorsitz des Herrn Gerichtsrates Dr. Preuen, erklärten die Vertreter, dies einer Versammlung der endgültigen Bechlußfassung vorzulegen. Am 15. März fand eine Gehilfenausschußversammlung statt, die mit 224 gegen 46 Stimmen, trotz der Verbesserungen für die Droschkenführer, diese Vorlage verwarf. Die Verschlechterung für die Chausseure brachte die Vorlage, die auf drei Jahre Gültigkeit haben sollte, zum Scheitern.

Tags darauf wurde beschlossen, den Streik abzubrechen. Nun hatten es die Prinzipale eilig. Das drohende Gespenst eines zweiten Streiks mit seiner verheerenden Wirkung, gerade vor der Kunstausstellung in München, schwante vor ihren Augen. Viele Kollegen hatten am Samstag ihren Dienst wiederum zu den alten Bedingungen angetreten, wurden aber jedoch wieder entlassen, mit der Begründung, solange keinen beschäftigen zu dürfen, bis nicht der Tarif vom Gehilfenausschuß unterzeichnet ist. Man traut sich mit dem Gedanken, weils gleich ist, auch zu fordern, daß die Gehilfen aus der Organisation austreten. Die nächsten Tage werden ja zeigen, ob für die Chausseure ein weiteres Entgegenkommen gezeigt wird. Die Droschkenführer und Chausseure Münchens haben lernen gelernt, daß ihr Platz in der Organisation ist und werden sich dieses nicht von niemanden streitig machen lassen.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Ein Beitrag zur Geschwindigkeitsmesserfrage. Nach den Ausführungen verschiedener Kollegen in Nr. 10 des "Courier" würde man versucht sein, anzunehmen, daß das Anbringen von Geschwindigkeitsmessern resp. das Vorbringen solcher für die Chausseure das allerbeste wäre. Nur einem kleinen Teil der Kollegen wird wohl so ein Apparat bekannt sein. Leider ging in den Ausführungen der Herr. Arzt, niemand darauf ein, nähere Angaben über die Konstruktion und Arbeitsweise eines solchen Apparates zu machen. Wenn es den Ingenieuren und Erfindern nun soviel Kopfzerbrechen macht, einen brauchbaren Messer herzustellen, so wird man nicht viel daneben hoffen, wenn man sagt, ein Fehler hat das Ding von vornherein an sich: es ist ziemlich kostspielig. Zweitens würde es wie alle Neuerungen, in mancher Beziehung noch unzuverlässig arbeiten. Ein Hinweis auf die Eile, die die Regierung mit dem Einbringen des neuen Autogesetzes hat, wir auch

uns Eile nötig, indem wir uns recht bald klar werden, was wir für das wichtigste halten. Zugegeben, die oben angeführten Bedenken tragen nicht zu, dann käme aber noch ein viel wichtigeres Bedenken gegen die Geschwindigkeits-Anzeiger hinzu. Ist es möglich, mit einem Automobil eine bestimmte Geschwindigkeit beim Fahren einzuhalten? Ich muß auf Grund meiner Wahrnehmungen diese Frage verneinen. Auch nach der Einführung der Geschwindigkeits-Anzeiger werden die Fabrikanten sich den Teufel darum summern, ob der von ihnen gefertigte Wagen beim Einhalten in eine bestimmte Stellung auch "Polizeigeschwindigkeit" innehält. Sie werden einfach dem Besitzer sagen, wenn Klagen über den Wagen kommen, der soll da vorne kann nicht fahren. Der Chassis bei den Chauffeuren werde es bei den wenigsten Kollegen zulassen, den Zeiger viel tiefer hantieren zu lassen, als dort, wo sein "Polizeistand" ist. Ganz sicher würde dabei ein großes Uebel selbst dabei in Erscheinung treten: der Chauffeur würde nicht mehr sein ganzes Können und seine ganze Aufmerksamkeit darauf richten, Karambolagen zu verhindern und seine Menschen zu übersetzen, sondern seine ganze Aufmerksamkeit beim Fahren auf den Zeiger konzentrieren, damit er recht nahe am "Polizeistand" bleibt. Beim Ampelmesser der elektrischen Autos kann man bereits heute deutlich wahrnehmen, wie unterschiedlich der Kraftverbrauch und demnach auch die Geschwindigkeit auf unseren scheinbar flachliegenden Straßen ist. Ist die normale Kraftzuführung 40 Amp., so schwankt beim Fahren der Zeiger zu 35 herunter und bis zu 45 Amp. hinauf. Das macht dann ungefähr folgende Geschwindigkeit aus: Bei 40 Amp. Verbrauch 30 Km. pro Stunde. Beim Sinken des Zeigers auf 35 Amp. erhöht sich die Geschwindigkeit auf 35 Km.; hingegen bei einem Verbrauch von 45 Amp. läuft der Wagen nur 25 Km. Um diese Geschwindigkeitschwankungen zu regulieren, würde der Führer nichts anderes zu tun haben, als fortwährend den Motor ein- und auszuschalten. Ganz genau oder noch schlimmer würden die Benzilmotor fahrenden Kollegen die Schwankungen der Schnelligkeit wahrnehmen, wenn sie mit dem Messer fahren. Nach Einführung der Geschwindigkeitsmesser würde sofort ein neuer Apparat notwendig sein: der Geschwindigkeitsregulator. Aber bis zur Einführung von joch einem Ding würden unsere Chauffeure noch manches Mandat von 30 Mark zu bezahlen haben.

Um sich den Gesetzen und der Polizei gegenüber den Rücken frei zu halten, schläge ich ein viel brauchbares Mittel vor. Es ist immer zuverlässig, jeder Chauffeur könnte es herstellen, an jedem Wagen könnte es jetzt sofort angebracht werden, und der Kostenpunkt ist gering. Wir fordern von der Polizei, daß sie an jedem Wagen die polizeilich erlaubte Geschwindigkeit führt. Und mit dem Einrichten ist es ein Zeiger in Verbindung zu bringen, der von weitem sichtbar anzeigt, welche Stellung eingerückt ist.

Wenn dann der Polizei der Wagen zu schnell fährt, wird sie sich beim Autobesitzer beschweren müssen. Läuft diesem dagegen der Wagen zu langsam auf der "Polizeistellung", dann wird er schon allein Sorge darüber tragen, damit er rascher gefahren wird. Denfalls ist aber der Chauffeur gegen die Anzeigen wegen zu schnellen Fahrens gesichert. Und die Polizei wird mehr Unregung bekommen wie bisher bei dem Geschwindigkeitsmessen.

Diese von einem Düsseldorfer Kollegen aufgeworfene Frage ist auch von mehreren Berliner Kollegen bereits ergangen. Wir finden diese Frage überhaupt sehr diskutabel und wäre es wünschenswert, wenn sich auch die Kollegen anderer Orte dazu äußerten. D. R.

Die enorme Zunahme der Kraftfahrzeuge ergibt sich aus der neusten amtlichen Aufnahme. Am 1. Januar d. J. wurden im Deutschen Reich 36 022 Kraftfahrzeuge gezählt gegen 27 026 am 1. Januar 1907, so daß im letzten Jahre eine Zunahme um 8996 oder 33,3 v. H. stattgefunden hat.

Von den Kraftfahrzeugen dienten 34 244 (1907 25 815) zur Personen- und 1778 (1211) zur Lastbeförderung. Unter den zur Personenbeförderung verwendeten Kraftfahrzeugen befanden sich 19 573 Krafträder gegen 15 700 am 1. Januar 1907. In Südw. und Mitteleuropa hat die Zahl der Kraftfahrzeuge verhältnismäßig erheblich stärker zugenommen als in Preußen, wo nur eine Erhöhung um 17,2 v. H. eingetreten ist, während die Zunahme in Bayern 84,8 und in Hessen 148,1 v. H. beträgt. In Berlin hat sich, was Beachtung verdient, die Zahl der Kraftfahrzeuge nur um 6 oder 0,2 v. H. erhöht. Was den Verwendungszweck betrifft, so dienten 14 046 (1907 10 699) Fahrzeuge den Zwecken des Handels-, gewerbes und 13 771 (10 287) zu Vergnügungs- und Sportzwecken. Die Reichsgrenze passierten zu vorübergehendem Aufenthalt 5686 ausländische Kraftfahrzeuge, von denen 2157 in Elsaß-Lothringen, 996 in Bayern und 963 in den Rheinlanden die Grenze überquerten.

Die Zahl der Unfälle, die sich im Kraftfahrzeugverkehr im Jahre 1907 ereigneten, betrug 4864 gegen 2290 im Jahre 1906, hat also um nicht weniger als 112,8 v. H. zugenommen. In 214 (1906 183) Fällen sind rechtskräftig gewordene Polizeistrafen festgesetzt und in 1214 (695) Fällen ist ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet worden. Wir werden auf diese Unfallstatistik noch zurückkommen, wenn erst die genauen amtlichen Zahlen vorliegen.

In der Reichsverwaltung sind die Verhandlungen über den Automobilie-Lehrgang kurz nach der "Neuen polit. Korr." abgeschlossen. Wenn ihm Hindernisse auf dem weiteren Weg nicht begegnen,

darf man auf die baldige Einbringung im Bundesrat rechnen. Unter allen Umständen wird dann also der Reichstag zu Anfang der nächsten Session mit der Vorlage besetzt werden.

Stellenvermittlungsunwesen im Chauffeurberufe.

Bisher waren es hauptsächlich die Gastrotisgehülfen und die Dienstboten, welche von den Stellenwucherern ganz gehörig heimgesucht wurden. Den Dunkel der Kellner und die Dummkopfheit vorher vom Lande wußten die sogenannten Stellenvermittler für sich auszunutzen. Erst als die moderne Organisation in beiden Berufen Eingang fand, wurde durch diese den Wucherern ein Riegel vorgeschoben und die geschlebenden Körperschaften auf das unhaltbare in diesem Berufe aufmerksam gemacht. Der Dunkel und die Dummkopfheit, welche die beiden erwähnten Berufe nach und nach verlassen, scheinen sich ein neues Feld ihrer Gewissensfindung zu suchen. Man sollte es kaum für möglich halten, daß sich beide Eigenschaften dazu den Chauffeurberuf ausüben. Was sich in diesem Berufe alles niedergibt, um die Interessen der Chauffeure zu vertreten, haben wir schon öfter gezeigt, aber schier endlos scheint uns der Stoff dazu zu sein. Ingenieure, Redakteure, Rechtsanwälte u. dgl. mehr, schlecken sich als Interessentenvertreter für den Chauffeurberuf zusammen, als wenn die Chauffeure heute noch nicht in der Lage wären, ihre Interessen selber zu vertreten. Und hauptsächlich sind es noch ein Teil der Privatchauffeure, welche, von einem Dunkel besessen, glauben, daß ihre Interessen in einer modernen Organisation, aus der sie meistens hervorgegangen, nicht vertreten werden könnten. Diese Kollegen sind denn auch meistens diejenigen, welche den Pseudostellenvermittlern ihre Existenz sichern. Mit welch horriblen Preisen die so vom Dunkel und Dummkopf befallenen Chauffeure ihre Stellen bezahlen müssen, und was für Unsitzen sie damit in den Chauffeurberuf verflanzen, wollen wir an folgendem den Kollegen vor Augen führen. Der Kollege M. Schmidt annoncierte wegen Stellung in der "B.Z. am Mittag". Darauf erschließt er von einem Stellenvermittler in Kiel-Wik folgendes Schreiben:

Kiel-Wik.

Geehrter Herr!

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich nicht abgeneigt bin, auch Ihnen freie Chauffeurstellen gegen ein einmaliges Honorar von 50 Mk. nachzuweisen, von welchem Vertrag 25 Mk. bei Auftragserteilung und 25 Mk. einen Monat nach Amttritt der Ihnen von mir besorgten Stellung zahlbar sind.

Ausdrücklich bemerke ich, daß die Aufträge auf Nachwerts einer Chauffeurstellung nicht der Reihe nach, sondern sofort berücksichtigt werden, sobald Sie unter Umständen schon in ganz kurzer Zeit Stellung erhalten können. Da ich Ihnen ferner solange freie Stellen zusende, bis Sie eine passende Stellung gefunden haben, so brauchen Sie nicht jede erste beste Stelle anzunehmen, haben mit jedoch sofort Mitteilung zu machen, sobald Sie die Ihnen von mir nachgewiesene Stellung antreten.

Dass ich gute Erfolge aufweisen kann, wollen Sie aus den notariell beglaubigten Auszügen der Dank- und Anerkennungsschreiben ersehen, die ich diesem Schreiben befüge.

Noch erfreulichend, daß ich mich auf andere Zahlungsbedingungen grundlegend nicht einlasse, und auf Zahlung eines Kostenvorschusses für meine Belehrungen und baren Auslagen — wie es auch bei Rechtsanwälten u. l. üblich unbedingt bestehen muß, ersuche ich Sie bei etw. späterer Auftragserteilung um Angabe Ihres Alters und Ihrer bisherigen Tätigkeit sowie um Einwendung der Anzahlung von 25 Mk. und des untenstehenden mit Ihrer Unterschrift zu verschenden Reverses.

Hochachtungsvoll

W. Michaelis.

..... Hier abschneiden!

Revers.

Unterzeichneter verpflichtet sich hiermit an Herrn Michaelis den Vertrag von 25 Mk. einen Monat nach Amttritt der mir von Herrn Michaelis besorgten Stellung zu zahlen.

Ort und Datum: Unterschrift, Wohnung und fröh. Beruf:

50 Mk. für eine Chauffeurstelle, ein schöner Happen. 25 Mk. müssen bei Auftragserteilung einer Stelle, 25 Mk. einen Monat nach Amttritt der Stellung entrichtet werden. Ein Kostenvorschuss soll auch gleich gezahlt werden, weil es die Rechtsanwälte auch so machen.

Zukünftig fügt der Herr Ingenieur als Stellenvermittler einen notariellen Auszug über 9 vermittelte Stellen bei. Die Stellen sind aber alle an Chauffeure vermittelt, die nur durch Anfangsbuchstaben gezeichnet werden. Dann werden die Kopie der Kollegen klar. Erst tragen sie hunderte von Mark nach der Chauffeurthule, um Chauffeur zu werden, danach tragen sie Unsummen zu Stellenvermittlern und warten auf Stellung, wie der Lotteriespieler auf das große Los.

Kollegen! Kämpft gegen solche Ausbeutung. Nur eine starke Organisation ist imstande, mit solchen Berufsschmarotzern aufzuräumen. Darum hinweg mit dem Chauffurdunkel. Alle Mann hin ein in den deutschen Transportarbeiterverband.

Droschkenführer.

Berlin. Weißensee ist der Ort der unbegrenzten Möglichkeiten. Im November v. J. erließ der Herr Amtsvoivode von Weißensee eine Polizeiverordnung für das öffentliche Fuhrwesen in Weißensee. Als wir davon hörten, glaubten wir erst, daß man uns einen Bären aufblinden wollte, denn es wollte uns partout nicht einleuchten, daß man dort wirklich eine derartige Verordnung gebrauchte, weil sämtliche dort wohnende Droschkenbesitzer ihren Dienst meistens in Berlin u. s. suchen. Die Sache hatte aber wirklich seine Richtigkeit, denn unsere Zweifel wurden

behoben, als wir diese Verordnung in der Weißenseer Zeitung veröffentlicht fanden. Leider gebrach es uns an Zeit, sonst hätten wir uns längst einmal mit dieser Verordnung, welche noch tüchtiger wie die Berliner Droschkenordnung ist, etwas beschäftigt, um einzelne Paragraphen auf ihren Inhalt zu prüfen, doch sind wir der Meinung, daß der Zweck ebenfalls noch erreicht wird, wenn wir es jetzt tun.

Wir hatten schon einmal auf diese Verordnung hingewiesen, doch auf die Paragraphen nicht Bezug genommen. Vor allem hat uns der § 9 der Verordnung frappiert. In diesem heißt es: "Wenigstens je eine Drosche muß jeder Droschkenführer (Führer oder Wächter der Drosche) vom 1. April bis 30. September nicht später als um 7 Uhr morgens, vom 1. Oktober bis 31. März um 8 Uhr morgens einstellen und bis 11 Uhr abends im öffentlichen Betriebe halten." Der Droschkenführer muß demgemäß im Sommerhalbfahr 16 Stunden und im Winterhalbjahr 15 Stunden täglich auf der Straße sein. Rechnet man ganz schlecht noch 2 Stunden für Wagenreinigen und den Gang zur Arbeitsstelle, so macht dies insgesamt täglich 17 oder 18 Stunden, welche der Führer zu absolviieren hat. Wir wissen nicht ob der Herr, welcher diese Verordnung verfaßt hat, auch so arbeitsfreudig ist, um 17 bis 18 Stunden täglich seinem Amt obzulegen. Doch bezweifeln wir, daß er sich eine so anstrengende Tätigkeit zu nutzt.

Im § 22, welcher von gefundenen Sachen spricht, heißt im Schlusssatz: "Der Kutscher muß die gefundenen Sachen auf dem Amtsbüro in den Dienststunden von 8 bis 3 Uhr abliefern." Wir bringen diesen Passus deshalb, um einmal zu zeigen, welch kolossal lange Arbeitszeit die Herren auf dem Amtsbüro haben. Von 8 bis 8 Uhr macht geschlagen 7 Stunden. Vergleicht man dies mit der Zeit, welche von einem Droschkenführer verlangt wird, so hat dieser gerade 2½ mal so lange Dienstzeit zu absolvieren. 7 Stunden Bürodiens ist auch wirklich keine Kleinigkeit, man hat dann gerade nur noch 17 Stunden frei, um seinen abgerackerten Körper wieder in die richtige Verfassung zu bringen, eigentlich etwas zu wenig. Dann § 24: "Nur auf den Halteplätzen dürfen die Pferde gefüttert und getränkt werden." Gegen letzteres, daß das Tränken nur an den Plätzen gestattet ist, ist schon allenfalls Sturm gelaufen worden, und ist man auch in Berlin und anderswo zu der Einsicht gekommen, dieses aufzuheben. Weißensee blieb es vorbehalten, derartiges wieder einzuführen.

§ 22. Außer den Droschen dürfen auf den Halteplätzen keine anderen Wagen anfahren und sich dort aufzustellen. Ebenso dürfen die in Berlin und anderen Vororten konzessionierten Droschen — die Halteplätze benutzen.

Wirklich großmäsig die Weißensee, sie gestatten gnädigst, daß auch andere Droschen auf den Halteplätzen anfahren dürfen. Sie haben jedenfalls schon vorausgesesehen, daß sonst doch keiner heranfahren würde, weil wahrscheinlich in Weißensee sich keiner als Konzessionär niedergelassen hätte.

§ 23. Tritt während des Betriebes eine Störung im Gangwert des Fahrpreisanzeigers oder eine sonstige Störung ein, die den sicherer Betrieb der Drosche behindert, so hat der Kutscher unverzüglich auf dem nächsten Wege nach Hause zu fahren. Tritt eine solche Störung bei einer Fahrt mit von Fahrgästen besetzter Drosche ein, so hat er auf Bezahlung des angezeigten Fahrgeldes keinen Anspruch.

So etwas Blödsinniges sollte man kaum für möglich halten. Nach dem Weißenseer Tarif muß der Kutscher vom Mittelpunkt Weißensees 15 Km. evtl. noch weiter fahren. Stellt sich, was nicht ausgeschlossen ist, nun eine Störung ein und der Kutscher hat vielleicht schon mehrere Meilen Fahrt ausgeführt, so braucht nach diesem Paragraph zu urteilen, der Fahrgäste keinen Pfennig zu zahlen. Eine derartige Bestimmung hatte man früher in der Berliner Verordnung auch, hat sie aber modifiziert in dem Sinne, daß der Fahrgäst die zurücklegte Strecke bezahlen muß; es müste denn gerade den Kutscher ein Verschulden treffen.

§ 24. Gegen Fuhrherren, Kutscher und Fahrgäste wird die Übertretung dieser Polizeiverordnung, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen höhere Strafen verhängt sind, mit Geldbuße bis zu 9 Mk. und im Übergangsfall mit entsprechender Haft geahndet.

Dieser Paragraph gefällt uns eigentlich am besten, weil unter gewissen Umständen auch die Fahrgäste bestraft werden können; in der Verordnung heißt es mit Bezug auf diese: "Die Fahrgäste müssen bei Benutzung der Droschen den zur Erhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften und polizeilichen Anordnungen sich fügen und ein angemäßiges Verhalten beobachten." Es ist wirklich oftmals eher angebracht, die Fahrgäste wegen ihrer Flegelien zu bestrafen, als wie die Führer, leider ist es immer umgekehrt.

Die Verordnung enthält ja noch verschiedene andere Schönheiten, doch glauben wir, daß unsere Kollegen an diesen paar Proben genug haben, um, wie der Berliner sagt, die Nase voll zu tragen.

Allm. Anschein nach scheint man sich bei Bearbeitung dieser Verordnung ein altes 50 jähriges Droschenreglement aus einer Kleinstadt Hinterpommern als Vorlage genommen zu haben und hat ganz vergessen, daß Weißensee unmittelbar an Berlin grenzt.

Wir glauben jedoch, daß man vorläufig in Weißensee nicht daran denken kann, von dieser Verordnung Gebrauch zu machen, weil, wie schon gesagt, die Konzessionen fehlen, auch glauben wir ferner nicht, daß sich Leute finden werden, welche diese Verordnung an ihrem eigenen Leibe probieren lassen wollen oder sie müßte erst eigens in großstädtischen Sinne umgeformt werden, damit sie wenigstens in etwas modernen Geist atmet, denn diese Verordnung kommt noch hinter der Berliner, welche vielfach noch zu wünschen übrig lässt.

Was für einen Nutzen bieten in Zahlen ausgedrückt die Organisationen? Genosse Iglesias hält höchstlich in Madrid vor den organisierten Kutschern einen Vortrag, indem er den peinlichen Augen der Organisationen den Genossen deutlich vorführt. Die Organisation besteht seit zehn Jahren und die Zahlen sind so berechnet, als ob nur neun Monate gearbeitet wurde. Die Droschkenkutscher 1. Klasse haben einen Mehrverdienst von fast

500 000 Pesetas, die Droschkenfischer 2. Güte einen solchen von 406 000 Pesetas, und die sonstigen im Droschkendienst angestellten Arbeiter 472 500 durch die Erhöhung der Löhne eingehemmt, die drei Gruppen zusammen also ca. 1 377 000 Pesetas. Minnt man die Zahlen nun noch etwas höher an, wie sie eigentlich der Wahrheit entsprechen, so kommt man zu dem schönen Posten von 1 500 000 Pesetas, die nur dem geschlossenen Vorgehen der organisierten Droschkenfischer zu verdanken sind. Die höheren Löhne wurden fast durchweg auf friedlichem Wege erzielt; in die ganze Epoche fallen nur zwei Generalstreiks und einige wenige Parteilstreiks.

Ebenso wichtig ist der Gewinn an Zeit. Früher arbeiteten die Kutscher ihre 17, 18, 19 Stunden, jetzt nur noch 15. Rechnet man nun 15 Stunden statt 18 auch nur auf 9 Monate im Jahr, so erhält man in den 8 Jahren, seitdem der verlängerte Arbeitstag in Kraft getreten ist, 822 Ruhetage pro Kutscher oder 52 Ruhetage pro Kopf und Fahr. Minnt man nun an, daß höchstens 100 000 Pesetas für Streikunterstützungen, Kommissionen und andere Unkosten draufgegangen sein mögen, so ist der bleibende wirkliche Profit immer noch groß genug. Nicht mit Geld abzuschätzen ist der Segen der neuen Errungenschaften für die gesamte Lebenshaltung, für die Gesundheit, für die Stellung, die die organisierten Arbeiter heute einnehmen, und für die Hebung des ganzen Standes.

Handelsarbeiter.

Ein stilles Begräbnis haben unsere Berliner anarchosozialistischen Kollegen in ihrer letzten Versammlung veranstaltet. Ungleicht wie Waisenhaben, mit des Lebens Ernst zu wenig vertraut, halten sie vor längerer Zeit das Bedürfnis empfunden, sich in dem aus Hannover ausgerückten Bürstenbinder-Kneinstädter einen Führer anzuschaffen. Der neue Vormund unserer Lokalisten trat dann auch gleich die bezahlte Stellung an und wettete höß auf die unverbesserlichen Zentralisten. Das gefiel den politischen Kindern gar zu gut und der Bürstenbinder saß warm im Nest. Wir hatten keine Veranlassung, die Idole zu stören, zumal wir von dem neugebackenen Propheten wußten, daß er sich ausgezeichnet wie kein Anderer zum sicheren Totengräber der Lokalorganisation eignete. Immer lauter schrie der Bürstenbinder, halte den Dieb, um sich bei seinen Freunden als ehrlicher Kerl zu legitimieren. Doch endlich zog der Kniff nicht mehr. Sie sonst mit Blindheit geschlagenen revolutionären Kollegen merkten doch endlich, daß sie nur die milchenden Kühe des Individualisten seien. Noch in der letzten Versammlung erklärte der Bürstenbinder in dem ehrlichen Brustton der Welt, er habe gehandelt wie der heilige Crispin, der den Kleichen das Leben gestohlen, um den Armen Schuhe daraus zu machen, er habe das Geld den Arbeitslosen gegeben, denn deren Hunger und Elend habe er nicht mehr mit ansehen können. Und nochmals verzich man ihm. Da wenige Tage später erscheint im Vereinsbüro ein Notar und legt einige fällige Wechsel vor. Der Vorsitzende W. ist starr vor Entsetzen. Doch Tatsachen sind nicht wegzidisputieren. In der nächsten Versammlung wird Kneinstadt, der kleine, selnes Postens entnommen. Eine Tragödie ist aus. Die traurig Hinterbliebenen sind die "aufglockten" Revolutionäre.

Requiem in Pace!

Wie sich die Unternehmer gegen den Siebenmühl-Postschluß wehren. Die bayerische Regierung hat bei verschiedenen künftigen Körperchaften Gutachten eingeholt über den Siebenmühl-Postschluß. Unter andern füllten sich auch das Bezirks-Gremium für Handel und Gewerbe Fürth sowie der Handelsvorstand Nürnberg äußern; die Berufsorganisationen der beteiligten Arbeiter braucht man ja nach der Meinung der Regierung nicht zu fragen.

Wie die Antwort der Unternehmergruppen ausfällt, könnte die Regierung schließlich voraus wissen, denn das Prinzip dieser Verein ist bekanntlich, die Arbeiter möglichst lange auszubuten. So hat denn der Handelsvorstand Nürnberg wieder ein Gutachten abgegeben, worin Angaben enthalten sind, die schon hundertmal von uns auf Kongressen usw. gründlich widerlegt wurden. Freilich waren das nur Kongresse der Arbeiter, wo Regierungsvertreter nicht anwesend sein mögen oder vielleicht nicht dürfen.

Die Erhebungen vor der Reichskommission für Arbeitsstatistik über Dauer der Arbeitszeit in den Handelsgeschäften hat vorzügliches Beweismaterial dafür geliefert, warum die Herren Unternehmer so gerne den Siebenmühl-Postschluß behalten wollen oder gar den Bahn- und Postschluß wünschen. Unsere Kollegen haben bei den Erhebungen die Art und Weise, wie die Postpatente in den großen Geschäftshäusern fertiggestellt und bis spät abends aufgestapelt werden, um gerade noch knapp vor acht Uhr zur Aufgabe zu gelangen, treffend geschildert.

Wedge daher die bayerische Regierung mehr Aufmerksamkeit den amtlichen Erhebungen schenken und sich in ihrem Vorhaben durch das müde Geschrei der Unternehmerorganisationen nicht irre machen lassen. Neben der Handelsvorratnehmer gibt es natürlich auch eine große Masse Leute, die zum mindesten genau dasselbe Interesse an dem Siebenmühl-Postschluß haben, wie die Befürworter des Achtstundenschlusses.

Der Frankfurter Kurier, das bayerische Blatt für Besitz und Intelligenz, bringt folgenden Bericht aus der Sitzung des Handelsvorstandes:

Die Regierung hat um gutachtlche Neuerzung darüber ersucht, ob es angängig sei, die Posthalter, wenigstens in den Sommermonaten, schon um 7 Uhr abends, statt wie bisher um 8 Uhr, zu schließen. Nach früheren Erhebungen ist eine derartige Verkürzung der Postzeit bei der Eigentürtigkeit des hiesigen Geschäftstrafers vollkommen unumstößlich, weil vielfach noch mit den Nachstragsposten Aufträge einkommen, die eine Erledigung an denselben Tage erheischen und weil auch, abgesehen davon, eine empfindliche Schädigung der hiesigen Geschäfte befürchtet werden müßte. Auch in den Sommermonaten läßt sich eine derartige Verkürzung nicht durchführen, da eine große Anzahl hiesiger Geschäftshäuser, z. B. für die Spielwarenindustrie und den Spielwarenhandel mit dem Auslande, gerade der Sommer die Hauptgeschäftsszeit bildet. Da die Verhältnisse sich in-

zwischen nicht geändert haben, wird beschlossen, den dringenden Antrag zu stellen, von der geplanten Neuerung abzusehen.

Unsere Kollegen ersehen hieraus, wohin es führen würde, wenn man die Unternehmer vollständig allein an der Gesetzgebungsmachine herumhantieren ließe. Ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft immer noch eine intensive Tätigkeit bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften entwickeln muß.

Transportarbeiter.

Berlin. Ein neuer Bundesbruder ist der Arbeiterschaft durch Herrn Kommerzienrat und freisinnigen Stadtverordneten den Fabrikanten Karl Flohr erstanden. Dieser Herr ist in seinem Nebenamt "Vorsitzender" des von ihm gegründeten Unterstützungsvereins, er hat sich am 3. März d. J. an einen Teil seiner bei ihm beschäftigten Arbeiter gewandt und sie mit freundlichem Kundgruß aufgefordert, an der am 6. März von ihm einberufenen Versammlung sich zu beteiligen und bestimmt zu erscheinen. Der Herr Bundesbruder Flohr hat also die ernstliche Absicht, einen Unterstützungsverein zu gründen, der auf Gegenseitigkeit beruhen soll. Um sich seine dauernde Mitgliedschaft als Bundesbruder im Verein zu sichern, hat Herr Flohr, wie sein "Initius", der Bundesbruder Katschinarceit mitteilte, sich erboten, einen einmaligen Beitrag von 800 Mark zu zahlen. Die weiteren noch fehlenden "Moneten", die zur Auffrischung der Kasse notwendig sind, soll die Bundesbruderschaft, die er schaffen will, zusammenbringen, die dumum genug sein wird, auf die von ihm getragenen Letztruten zu tragen. Wie man uns von gut informierter Stelle versichert, seien an zirka 900 Arbeiter Einladungskarten verfaßt worden. Doch mußten die Urrangente, die einen guten Besuch erwartet hatten, die sehr betrübende Erfahrung machen, daß nur 8 von den vielen Engelabenden erschienen waren. Und als die Frage an die 8 gerichtet wurde, ob sie alle bei Flohrs Karl beschäftigt seien, da stellte es sich heraus, daß noch die Hälfte aus anderen Betrieben war. Es wurde von den Anwesenden mit Bedauern konstatiert, daß die große Masse der Engelabenden der Auflösung nicht Folge geleistet hätte und nicht verständen dem Zeichen der Zeit Rechnung zu tragen und es vorzogen durch Fernbleiben zu glänzen. Unter den Nichterschienenen befand sich auch der Einbecker Herr Flohr, der es ebenfalls nicht für notwendig erachtete seinen Posten als Mann und Vorsitzender auszufüllen. Auch er zog es als edler Ritter der Tat vor, die von ihm verführten Arbeiter ihrem Schicksal zu überlassen. Bei dieser Handlung war das gelbe Gewerkschaftshaus in der Chausseest. Nr. 9.

Legt man sich nun weiter die Frage vor, wie hat der Oberbundesbruder Flohr bisher seine Arbeiter behandelt, wie sind ihre Löhne und wie ist ihr Arbeitsverhältnis? So muß zur ersten Frage hervorgehoben werden, daß die Behandlung der Arbeiterschaft gerade in den letzten Jahren durch Herrn Flohr und seine Trabanten viel zu mitschön übrig gelassen hat. Die Verschlechterung der Arbeitsordnung, die im vorigen Frühjahr zur Durchführung gebracht wurde, kann keineswegs als eine wohlwollende Tat betrachtet werden. Des weiteren hatten die Arbeiter das ehrlichste Bestreben, einen Arbeiter-Ausschuß zu wählen, der von Herrn Flohr anerkannt werden sollte. Doch weit gefehlt, auch hier zeigte sich Herr Flohr in seiner ganzen liberalen Größe. Eine Einrichtung, die bereits überall von den Unternehmern eingeführt ist, wurden von Herrn Flohr die größten Schwierigkeiten entgegen gebracht und waren die Ausschluß-Mitglieder einer Anmenge von Schikanierungen ausgelegzt, so daß die Arbeiter sich schließlich sagten, dann lieber keinen Arbeiter-Ausschuß zu haben. Was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrifft, so haben gerade unsere Kollegen Bäcker, Lager- und Transportarbeiter seit jeher schwer zu gehabt. Es ist noch nicht allzu lange her, da war es bei Flohr allgemein üblich, unsere Kollegen mit einem Stundenlohn von 80—82 Pfennige einzustellen und als eine Erhöhung, um ein paar Pfennig verlangt wurde, schlug Herr Flohr dies rüdig ab. Es bedurfte etw. eines Streiks, um Herrn Flohr zu zwingen, eine winzige Verbesserung der Löhne einzutreten zu lassen. Und nun kommt dieser "Herr" und stellt sich seinen bei ihm beschäftigten Arbeitern als Bundesbruder vor! Eine Saitere, wie sie wäßrich nicht besser gedacht werden kann. Fürwahr ein schöner Bundesgenosse. Aber die Arbeiterschaft bedankt sich sehr einer Bundesgenossenschaft anzugehören, die von Personen geleitet wird, die es nicht auf den Vorteil, sondern auf den Nachteil der Arbeiter abgesehen und sich zur Aufgabe gemacht haben, den freien Geist der Klasse zu treiben und zu erdrücken.

Im übrigen ist zu bemerken, daß die Flohr'schen Arbeiter über Organisationsfragen sich seit langem einig sind. Sie haben seit Jahren bereits entschieden, welche Organisation für sie die richtige und zutreffende ist. Haben unsere Kollegen es bisher fertig gebracht, den Organisationszweck zu erfüllen, den Christlichen und Christlichen in ihren Reihen keinen Raum zu gewähren, so wird es ihnen mit vereinigten Kräften ein leichtes sein, auch die vom Unternehmer selbstgegründete Schützgruppe aufzusäcken zu zeigen. In Unbetracht beijen rufen wir unseren Kollegen zu: Seid auf dem Posten. Ein jeder muß nun, mehr wie bisher, als Agitator offen hervortreten, werbet mit doppelten und dreifachen Kräften für die Stärkung der Organisationen der freien Gewerke. Karl Marx sagte schon vor 60 Jahren im kommunistischen Manifest: Die Verbreitung der Arbeiter aus den Fesseln des befreitgegnerischen Unternehmers muß das Werk der Arbeiter selbst sein. Und dies trifft heute mehr denn je zu. Und duar Kollegen gibts kein Ernuden, sondern nur ein: Auf zum frisch-schönen Kampf!

Berlin. Bei der Firma Hugo Hartung, Moabit, Wicleffstr. 16—17, befinden sich unsere Kollegen seit dem 4. März im Streit. Die Ursache des Streits ist folgende: Am 26. Februar teilte uns der Geschäftsführer, Herr Stabinski, mit, daß er gewillt sei, am 1. März eine Lohnreduzierung einzutreten zu lassen. Und zwar soll sich die Reduzierung auf die Hilfsarbeiter und Kermacher erstrecken, denen ein Abzug von 5 Pfsg. die Stunde gemacht werden soll. Die Firma beschäftigt ungefähr 160 Arbeiter, Formar, Kermacher, Schlosser und Steinmacher, unter denen sich

28 Hilfsarbeiter befinden, die bis auf 2 unserer Organisation seit Jahren angehören. In den letzten Jahren war es uns auf Grund der guten Organisationsverhältnisse, die die Kollegen unter sich geschaffen hatten, gelungen, die früher sehr schlecht beständigen Lohnverhältnisse zu verbessern, so daß gegenwärtig ein Anfangslohn von 42½ Pfsg. pro Stunde gezahlt wurde, welcher nach sechswochentlicher Tätigkeit auf 45 Pfsg. stieg.

Die Arbeit ist eine anstrengende und körperlich schwere, so daß schwächere Arbeiter nicht beschäftigt werden können. Und so ist auch der bisher gezahlte Lohn keineswegs als hoch zu betrachten.

In mehreren Verhandlungen, die zwischen Organisation und Firma stattfanden, wurde von Seiten der Organisationsvertreter geraten, von den in Aussicht genommenen Abzügen Abstand zu nehmen. Die Firma änderte ihren Standpunkt nicht, sondern das eine, was sie an Entgegenkommen zeigte, war, daß sie den Termin, an dem die Abzüge in Kraft treten sollten, von dem ersten auf den vierten März verlegte. Am dritten März abends wurde nun nochmals die Kommission zu Herrn Stabinski gesandt, um ihn zum letztenmal zu fragen, ob er auf seinem Standpunkt verharre, und da die Kommission eine zustimmende Antwort erhielt, erklärte sie, daß sie dann mitzutun hätte, daß am anderen Morgen, den 4. März, die Hilfsarbeiter zu den verschlechterten Bedingungen die Arbeit nicht mehr aufnehmen würden. — Sämtliche 28 infolge kommenden Kollegen traten am anderen Morgen einmütig in den Streit. Bereits am Mittag erfuhr der Streik insofern eine Erweiterung, da durch den Aussstand der Hilfsarbeiter die Formar und Kermacher nicht weiter arbeiten konnten und nun aussezten sollten. Hiermit nicht zufrieden, erklärten sie sich mit den Hilfsarbeitern solidarisch und schlossen sich ebenfalls dem Streit an. Die Situation des Kampfes steht trotz Vermittlung der Gelben, die es auch hier sich zur Aufgabe gemacht haben, den Streit zum Scheitern zu bringen, sehr günstig und ist alle Aussicht auf Erfolg vorhanden. Mit dem Berrat der Gelben werden wie uns später noch etwas näher besessen.

Norden. Außerordentlich schwer hält es, unsere Organisation hier am Orte vorwärts zu bringen. Die Gründe dafür sind verschiedener Art. Erstens ist der Indifferenzismus unserer Kollegen außerordentlich groß, so daß sie den Gedanken und die Notwendigkeit der Organisation sehr schwer in sich aufzunehmen. Über weiter haben wir hier auch noch mit anderen Faktoren zu rechnen. Trotz der geringen Mitgliederzahl versuchten wir im vorigen Jahre Verbesserungen für die Kollegenschaft herbeizuführen und in dieses ja auch in verschiedenen Betrieben gelungen, daß heißt nur dort, wo die Kollegen der Organisation angehören und zu derselben halten. Allerdings wurden auch in verschiedenen Betrieben Zusagen gemacht, wo der größere Teil der Kollegen dem Verbande nicht angehört. So auch bei der Firma Herren, wo der Vertreter der Organisation hinausgeworfen wurde. Hier wurden pro Woche 15 M. Lohn gezahlt. Über wie überall, so kam auch hier der Pferdeschwanz nach. Im Winter wurde der Lohn wieder auf 12 Mark gesetzt und die Beschäftigten mußten sich dies natürlich gefallen lassen, weil sie nicht organisiert waren. Ob nun den Kollegen die Augen aufgehen werden, oder ob sie weiter in ihrer stumpfen Gleichgültigkeit verharren, die Zeit muß es ja lehren.

Im weiteren kommt dazu, daß in verschiedenen Betrieben Mitglieder anderer Organisationen beschäftigt sind. Vor allen die Braueralarbeiter. So sind bei der Firma Samson, Getreidehandlung, fast nur Mitglieder des Braueralarbeiter-Verbandes beschäftigt. Diese arbeiten hier für 15 M. pro Woche, auch aus hilfswise für 2,50 M. pro Tag. Diese Leute sind absolut nicht zu bewegen, die Versammlungen zu besuchen, oder aber unserer Organisation beizutreten. Trotzdem dies eine unbedingte Notwendigkeit ist. Hier müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, die in dem Betrieb Beschäftigten unserer Organisation zugeschrieben werden. Allerdings werden die Leute noch im Braueralarbeiterverband festgehalten. Aber da sie keine Braueralarbeiter mehr sind, so haben wir alle Ursache darauf zu bringen, daß sie unserem Verbande beitreten, damit alle im Beruf Beschäftigten gemeinsam ihre Interessen vertreten können und daß solche Jammerlöhne von 12—15 M. besiegt werden können.

Gerade in unserem Ort ist eine festgesetzte Organisation eine unbedingte Notwendigkeit. Es bedarf aller Kräfte, um die miserable Lage aufzubessern. Dies trifft auch auf die Viehtransporteure zu. Hier ist die Entlohnung eine äußerst verschwundene und sieben sich durch die Organisation sicher bessere Verhältnisse schaffen. Kollegen arbeiten deshalb alle mit an dem Aufbau der Organisation, sonst davor, daß die Indifferenzen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt werden, damit unsere kleine Zahl sie in absehbarer Zeit eine Achtung gewinnt.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Ortsverwaltung I (Verein Berliner Haussiedler) hielt am Montag, den 24. Februar 1908 eine ordentliche Generalversammlung ab. Die Leitung hatte im Einverständnis mit den vorher stattgefundenen Funktionärerversammlung der Kollege Schumann übernommen. Auf der Tagesordnung standen 1. Mitteilungen, 2. Geschäfts- und Kassenbericht, 3. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Bevölkerung, Wahl von 2 Beisitzern zur Bezirksleitung Groß-Zehlendorf, Wahl der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission, 4. Anträge, 5. Geschäftliches. Der Geschäfts- und Kassenbericht lag gedruckt vor. Derselbe gibt ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Verwaltung im vergangenen Jahre. Es sind 97 Lohn-

bewegungen mit 2089 Kollegen geführt worden, von denen nur 2 mit 24 Beteiligten erfolglos waren. An Lohnerhöhung wurden für 2044 Beteiligte die Summe von 3356,01 M. wöchentlich oder 174 512,12 Mark pro Jahr erzielt. Die Summe erhöht sich noch ganz bedeutend, wenn man in Betracht zieht, daß bei den abgeschlossenen Tarifen gräzenteils halbjährliche Zulagen erfolgen. Außerdem wurde die Bezahlung der Sonntags- und Nachtarbeit sowie der Überstunden für 223 Beteiligte, die Erhöhung von Prozenten, Spesen z. für 429 Kollegen, die Gewährung von freien Sonn- und Ruhetagen für 146 Kollegen erreicht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde erreicht in 4 Fällen für 28 Beteiligte, der Abschluß von Tarifen gelang in 7 Betrieben mit 93 Beteiligten, Abänderung bestehender Tarife in 1 Betrieb mit 374 Beteiligten. Die Tätigkeit der Verwaltung war eine ganz bedeutende. Mußte man doch vor allem bestrebt sein, die Lücken, welche durch die Abzweigung eines Teils der Kollegen gerissen wurden, durch neue, bessere Kräfte wieder auszufüllen. Die Meinungsbildung nahm alle Kräfte voll in Anspruch. Wenn auch das Resultat, die Ausführung von 2153 neuen Kollegen nicht ganz den Erwartungen entspricht, die man gehegt hatte, so bürgt doch der organische, innere Aufbau der Verwaltung, Schaffung bestimmter Branchenfassionen, Heranziehung der bisher brachliegenden agitatorischen Kräfte der ehemaligen Vereinsmitglieder wohl dafür, daß die aufgewandten Mitteln im nächsten Jahre von mehr Erfolg getragen sein werden. Im verlorenen Jahre wurden abgehalten: 7 Generalversammlungen, 57 Ortsverwaltungssitzungen, 14 Ortsverwaltungssitzungen mit Hauptvorstand, 8 erweiterte Ortsverwaltungssitzungen, 8 Sitzungen sämtlicher Funktionen, 148 Bezirks- und Distriktsversammlungen, 90 Versammlungen der Baumwollse z. Branche, 21 Versammlungen der Einkasslerer, 15 Versammlungen der Glaswarenbranche, 66 Versammlungen der Handelsverleihbranche, 29 Versammlungen der Holzindustriebranche, 5 Versammlungen der Kellnerarbeiter, 31 Versammlungen der Kurzwarenbranche, 11 Versammlungen der Lederbranche, 37 Versammlungen der Papier- und Pappensbranche, 18 Versammlungen der Zeitungs- z. Branche, 170 Versammlungen der Warenhausdiener, 91 diverse Versammlungen. Zusammen 835 Versammlungen.

Die Bureauaktivität veranschaulicht folgendes Bild. Es gingen ein: 2297 Briefe, 1277 Postarten, 22 Drucksachen, 12 Polizeiweisungen, 6 Patente, 1 Diverse. Ausgänge 3346 Briefe, 985 Postarten, 3210 Drucksachen. Hierzu kommen noch mehrere Kaufaufträge im Bureau angefertigte Handzettel sowie die große Zahl der gedruckten, die bei weitem eine Million übersteigt. An Schriftstücken wurden für die Mitglieder 153 im Bureau angefertigt.

Rechtschutz in 28 Fällen bewilligt. Auskünfte wurden in 2522 erteilt und zwar: Polizeikontravention 91, gewerbliche Streitfragen 1723, andere gerichtliche Streitfragen 279, Unfallversicherung 126, Invalidenversicherung 94, Krankenversicherung 20.

Die Einnahme und Ausgabe bilanziert mit 181 934,29 M. Der Kassenbestand beträgt am Schlusse des Berichtsjahres 57 809,47 M. An Unterstützungen wurden folgende Summen verausgabt: Krankenunterstützung 15 055,35 M., Sterbeunterstützung 10 258 M., Notfall, insl. Witwen- und Invalidenunterstützung 1118 M., Streit- und Gemahnenunterstützung 3891,95 M., Arbeitslosenunterstützung 11 385,25 M., Weihnachtsunterstützung 534 M.

Hierin sind die Ausgaben für die Janitorsbewegung nicht mit einzubringen, weil diese die Hauptkasse allein trägt. Die 25 Pf. zahlende Gruppe bezog Unterstützungen von 42 242,55 M. An Beiträgen durch dieselben wurden aufgebracht 39 641,80 M., mithin verbleibt eine Mehrausgabe von 2600 75 M. Das ergibt pro Mitglied und Jahr eine Mehrausgabe von 65 Pf. oder pro Beitrag bei dem Jahresdurchschnitt gezahlten 40 Beiträgen 1,4 Pf. Um gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis wurden während des Jahres 16 080 Stellen gemeldet und 12 417 besetzt; davon waren 5507 für fest und 6910 zur Aussicht.

Nach eingehender Diskussion wurde der Verwaltung Decharge erteilt. Durch Schaffung der Bezirkorganisation Groß-Berlin, durch welche die einzelnen Verwaltungen entlassen werden, ist die Wahl eines besoldeten zweiten Bevollmächtigten hinfällig geworden. Die erweiterte Ortsverwaltung sowie die Versammlung sämtlicher Funktionäre schlägt deshalb im Einverständnis mit dem Hauptvorstand vor, denselben aus den Reihen der Kollegen zu nehmen und nicht zu besolden. Der Vorschlag wurde angenommen. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Fr. Wappeler wiedergewählt. Zum 2. Bevollmächtigten wurde der Kollege Spieckermann, zum Kassierer der Kollege H. Melsner, zum Schriftführer der Kollege G. Bergens wiedergewählt. Zu Beisitzer wurden die Kollegen Otto Vorach, R. Stehr, P. Müller, F. Breitenborn und Fr. Luckow gewählt. Zur Revisorin wurden die Kollegen A. Quicac, E. Neich und H. Blümmermann bestimmt. Als Delegierte zur Berliner Gewerkschaftskommission die Kollegen M. Bernhardt, E. Haerling, Fr. Wappeler, P. Liebenow, A. Schnabel und Mar Schulze. Delegierte zur Bezirksleitung Groß-Berlin sind die Kollegen Fr. Wappeler und Hermann Spieckermann. Als Ersatz für den Kollegen Spieckermann wurde Karl Fröhbrodt als Mitglied der Revisionskommission zur Hauptkasse bestimmt. Nach einem kurzen Meiniere des Kollegen Schumann, in welchem er hervorhob, daß, indem seitens der Hauptkasse der Verwaltung I die größtmögliche Unterstützung zuteil geworden ist, die Kollegen des ehemaligen B. B. den Anschluß wohl nicht bereit haben. Der Vorstand aber habe bewiesen, daß er mit ganzer Kraft bestrebt gewesen, das

Gerede unserer Gegner, daß es dem Verbande nur um das Geld zu tun gewesen ist, zu beseitigen. Das wird auch in Zukunft der Fall sein. Nach einem anfeuernden Appell seitens des Kollegen Schumann, mit ganzer Kraft für die Interessen des Verbandes zu wirken und nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Einkassierer und Kassenboten. In einer am 27. Februar im Engl. Garten stattgefunden öffentlichen und besuchten Versammlung referierte ein Kollege über das Thema: Ist für die Einkassierer das Gewerbe- oder Kaufmannsgericht zuständig?

Der Redner, welcher zunächst die Rechtsprechung durch das Volk gegenüber den Urteilen von Verurteilten in einen wirkungsvollen Kontrast brachte, erläuterte sodann die bekannten Kaufschulparagrafen 162 und 168 der Gewerbeordnung.

Wenn man im Jahre 1806 in Lyon in Frankreich schon das erste Gewerbeamt eingesetzt, wurden in Deutschland, im reaktionären Preußen, derartige soziale Gedanken im Keime erstickt, und wenn heute für die in Handel und Transport beschäftigten Kollegen das Gewerbeamt zuständig ist, dann ist es dem energischen Vorgehen unserer Organisation im Jahre 1891 zu verdanken.

Der Referent erörtert nunmehr eingehend die Zusammensetzung, den Zweck, Nutzen und Zuständigkeit der Gewerbe-, resp. Kaufmannsgerichte. Für die mit festem Lohn angestellten Kollegen aus der Verstärkungs- und Automatenbranche, deren Haupttätigkeit das Einkassieren von Geld bildet, ist das Gewerbeamt zuständig. Die Abzahlungs- und Nähmaschinenklasser, welche gegen Prozente kassieren und nebenher noch den Verkauf von Möbeln und Nähmaschinen betreiben, haben ihre Klagen bei dem Kaufmannsgericht anhängig zu machen. Der Vortrag durch einige Beispiele drastisch illustriert, fand allseitigen Beifall. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Einigen beachtenswerten Anregungen von selten verschledener Kollegen wird die Sektionsleitung Rechnung tragen.

Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, ihren Pflichten besser nachzukommen und stets neue Mitglieder zu werben, stand die interessant verlaufene Versammlung ihr Ende.

Bielefeld. In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 8. März, welche von circa 70 Kollegen besucht war, hielt Genosse Sachs einen Vortrag über das Krankenversicherungswesen. Der sehr lehrreiche und interessante Vortrag wurde vom Referenten in glänzender Weise erledigt. Lebhafte Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. In der darauffolgenden Diskussion führte der Kollege Eilers die Vorteile der freien Hilfskassen den Versammelten klar vor Augen, warnt aber vor den sogenannten Schwundkassen. Sonst bewegte sich die Diskussion im Sinne des Referats. Zur Lokalfrage teilte der Vorsitzende mit, daß dieser Punkt darum auf die Tagessordnung gesetzt sei, weil viele Kollegen des Kreises wegen nicht in die Versammlung kämen. Dieserhalb sei es notwendig, um alle Kollegen in die Versammlungen zu bekommen, daß wir unser Lokal wechseln, trotzdem es so schön im Mittelpunkt der Stadt gelegen ist. Kollege Eilers schlägt das Verbandshaus der Metallarbeiter vor, selbiges sei ein Lokal, welches von Arbeitern geschaffen sei und hätten wir die Pflicht, als organisierte Arbeiter das Unternehmen zu unterstützen, auch wurde das Lokal von Industriellen in Vorschlag gebracht. Es wurde beschlossen, die Erledigung der Ortsverwaltung zu überlassen, damit dieselbe mit den beiden in Vorschlag gebrachten Inhabern Rücksprache nehmen und eventl. die nächste Versammlung nach dem neuen Lokale hinzuzuerufen.

Lebhafte Bedauern wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine ganze Anzahl Kollegen die bürgerlichen Zeitungen noch abonnieren, anstatt die Arbeiterpresse zu unterstützen. Es wurde gegen 2 Stimmen beschlossen, von jetzt ab nicht mehr schriftlich zu den Versammlungen einzuladen, sondern ein kleines Inserat als Hinweis in die "Volkswacht" zu bringen. Auch wurde noch das Fehlen der beiden Kartelldelegierten kritisiert, wo sie doch den Bericht von der stattgefundenen Kartellsitzung zu geben hätten.

Hierauf Schluß der imposanten Versammlung.

Bielefeld a. d. S. Generalversammlung vom 16. Februar. Erst wurde das Protokoll, dann der Jahresbericht gegeben. Im letzten Jahre wurden 11 Versammlungen abgehalten. Eingetreten sind 9 Mitglieder, ausgetreten 4, abgereist 4 und wegen Nichtbezahls der Beiträge sind 5 gestrichen worden. Darauf erstattete der Kassierer die vierte Quartalsabrechnung, welche von den anwesenden Mitgliedern genehmigt wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstands-wahl ergab folgendes Resultat: Martin Mohrheimer erster und Johann Specht zweiter Vorsitzender, Wilhelm Sauer erster und Johann Kaiser zweiter Kassierer, als Schriftführer Wilhelm Seilheimer, als Revisor Kollegen Thorm und Rexroth, als Kartelldelegierter Wilhelm Seilheimer. Beim Punkt Verschiedenes ermahnte ein Kollege die Versammlung immer so zu besuchen wie heute. Zum Schlusse stießen sich mehrere Kohen an aufnehmen.

Eisleben. Nach längerer Pause tagte auch hier wieder einmal eine öffentliche Versammlung der Berufskollegen.

Ein Kollege aus Halle sprach über Zweck und Nutzen der freien Gewerkschaften und erinnerte lebhafte Beifall. Leider war die Versammlung den Verhältnissen entsprechend schwach besucht, doch gelang es 6 Neuaufnahmen für unseren Verband zu machen.

Für die Zukunft soll wieder regelmäßig jeden Monat eine Mitgliederversammlung stattfinden, um den noch fortzuhenden Teil der Kollegen herauszubauen. Hoffentlich gelingt dies, denn auch in Eisleben tut es not, daß einmal eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegenschaft eintritt. In der sich anschließenden Mitgliederversammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt, welche Richtigkeit bestätigt wurde.

Mit den ersten Mahnworten des Vorsitzenden, daß speziell die organisierten Kollegen ihre Pflicht und Schuldigkeit bei der kommenden Agitation tun müßten, wurde die Versammlung geschlossen.

Märkischwalde. In der Mitgliederversammlung vom 16. Februar wurde der Kartellbericht zur Kenntnis genommen. Mitgeteilt wurde, daß das zur Agitation beschlossene Flugblatt fertiggestellt ist. An die Mitglieder sollen Kontrollkarten ausgegeben werden. Ein Antrag des Mitgliedes Frau Siebold wünscht eine bessere Verteilung der Arbeitszeit für die Zeitungs-Austrägerinnen und soll die Verwaltung diese Sache zu regeln versuchen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten trat dann Schluß der Versammlung ein.

Gräfenberg i. Sch. Der Gauleiter sprach hier am 27. Februar in der öffentlichen Transportarbeiterversammlung über den Gesetzentwurf betr. die Arbeitskammern. In längeren Ausführungen belehrte er diesen Entwurf und sagte, daß dieser für die Arbeiter unannehbar sei. Die Kammern sollen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengekehrt sei. Dies ist schon de lehri, da wird nichts Gutes daraus. Die Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Medizin haben ihre Kammern. So ist auch zu verlangen, daß die Arbeiterschaft keine Arbeitskammern erhalten müsse, wenn dieselben für die Arbeiter Expatrielles leisten sollen. Auch das Wahlrecht müsse ein geheimer, gleiches und direktes sein, was jetzt nicht der Fall ist. Referent erinnerte für seinen Vortrag reichen Beifall. Diskussion wurde nicht beliebt. Beim zweiten Punkt, Verbandsangelegenheiten, wurde gewünscht, daß die Kollegen die Verwaltung selbst in die Hand nehmen. Bissher hatte der Kartellvorstand die Verwaltung besorgt. Es wurden gewählt Kollege Martin als Vorsitzender, Kollege Schwabe als Kassierer und G. Markgraf als Schriftführer und zwei Revisoren. Unter Verschiedenes gaben die Kartelldelegierten Bericht von der letzten Sitzung. Die Lokale Reichshalle und Goldener Frieden sind gesperrt. Die Lokalkontrolle hat berichtet, daß auch einige von den Transportarbeiterkollegen getroffen worden sind. Es wird den Kollegen nochmals ans Herz gelegt, diese Lokale zu meiden. Die Bergbauskommission hat mit dem Gastwirt Weberbauer ein Abkommen getroffen, daß jeder durchreisende Kollege dort übernachten kann.

Hagen. Trotzdem im Courier darauf hingewiesen wurde, die Versammlungen besser zu besuchen, so halten dies die Kollegen doch nicht für nötig, zu erscheinen, zumal im Orte die Verhältnisse nicht gerade rosig sind und auch für die Kollegen der Fensterputzer der Tarif seitens der Arbeitgeber nicht eingehalten wird. Mit Rücksicht auf die Fensterputzer, welche meistens aller Mittel entblößt, aus den Großstädten eintreffen und ferner mit Rücksicht auf die Kutschere und Fuhrleute, welche am Sonntag morgen mit Stallarbeiten beschäftigt sind, hat die Versammlung nach reger Diskussion beschlossen, die üblichen Monatsversammlungen nicht mehr am Sonntag morgen, sondern jeden 1. Samstag im Monat und zwar abends 9 Uhr im Volks-haus stattzuhören zu lassen. Ferner beschloß man, den wöchentlichen Beitrag um 5 Pf. zu erhöhen, dann es dem Unterlasser sehr schwer falle, die Beitragssummen zum örtlichen Fonds sowie Streitmarken zu verlaufen.

Zum Schluß wurde beschlossen, das diesjährige zweite Stiftungsfest am Samstag, den 27. Juni, im großen Volks-hausaale zu feiern.

Halle a. S. Am 15. Februar fand die regelmäßige gut besuchte Monatsversammlung statt. Ein Kollege sprach über die Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Krisen. Redner ging dabei mit auf die Sitzung des hiesigen Bürgermeisters und der bürgerlichen Stadtverordneten e.u., insbesondere auf die die Arbeiterschaft beschimpfende Neuerung des Baumusters Giese im Stadtverordnetenkollegium. Nachliegende Resolution fand hierauf nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme:

Resolution: „Die heute im „Lehren Dreier“ versammelten Transportarbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; sie erfreuen an, daß nur eine stille, geschäftige Arbeiterschaft bestünde, bei dem wahrwürdigen Ausbeutungssystem seitens der herrschenden Klasse ewiggegenütreten. Des weiteren sprechen die Versammelten ihre Erkräftigung aus über die Neuerungen des Baumusters Giese im Stadtverordnetenkollegium, der die allgemeine Arbeiterschaft als Faulenzer bezeichnete. Die Versammelten erwarten, daß dieselbe diese der Arbeiterschaft angeiane Beschimpfung nicht nur bedauert, sondern in aller Form zurücknimmt.“

Dann nahmen die Versammelten Stellung zum Ausschluß arbeitswilliger Mitglieder beim Gasarbeiterstreit. Der Antrag der Ortsverwaltung, dem Zentralvorstand zu empfehlen, die bürgerlichen Mitglieder Eduard Nühlemann, Fr. Neune, Aug. Bittnermann und Karl Wildgrube jun. wegen Streikbruchs aus dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter auszuschließen, fand einstimmige Annahme. Unter Berücksichtigung, daß der Verein der Brauereibesitzer sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend verhält und dies damit begründet, daß die Preissteigerung der Rohstoffkosten, sowie die Biersteuer eine abermalige Lohn erhöhung nicht zuläßt, doch wird lehrreich gründlich für nächstes Jahr in Aussicht gesetzt. Diese Angelegenheit wird der Verbandsleitung zur Weiterführung übergeben. Mit der Mitteilung, daß die nächste Monatsversammlung im Börsenpark stattfindet und jeder für regen Besuch zu sorgen habe, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg-Altona. Eine öffentliche von ca. 200 Personen besuchte Versammlung tagte am 6. März.

Über „Der Ablauf des Lohnarbitrates der Roll- und Blockwagen-Kutschere“ referierte der Bevollmächtigte. Seit dem Bußtage 1908 hat in Altona keine öffentliche Kutschere-Versammlung mehr stattgefunden. Als wir-

damals unseren letzten Tarif abgeschlossen, welcher jetzt zu Ende geht, hatten wir das Gefühl, daß die Arbeitgeber auch bei ferneren Tarifabschlüssen geneigt sein würden, friedlich mit uns zu verhandeln. Hierin scheinen wir uns aber getäuscht zu haben, wie wir an den Verhandlungen in Hamburg sehen. Die Arbeitgeber haben bei der günstigen Geschäftskonjunktur der letzten Jahre riesige Profite eingeholt. Die immensen Abschreibungen, die fabrikativen Dringelde für die Aufsichtsräte liefern den besten Beweis dafür. Selbst das Hamburger Fremdenblatt schrieb im letzten Jahre, daß die von allen Seiten fürchtete Krise den Hamburger Firmen nichts anhaben könne, da dieselben durch genügende Abschreibungen auf Jahre hinaus gesicherseien. Die Arbeitnehmer dagegen haben in den letzten Jahren nur wenig ertragen können. Sie sind nicht auf Jahre hinaus gesichert, sie können nicht einmal magere Monate über sich ergehen lassen. Ihnen hat die günstige Konjunktur weiter nichts gebracht, als eine bessere Arbeitsgelegenheit. Gerade während der flotten Jahre haben sich die Arbeitgeber am meisten geweigert, die Löhne zu erhöhen. Jede Verbesserung der Lebenslage des Arbeiters jedoch ist durch die ungeheure indirekte Steuerlast wieder aufgehoben worden. Der einzige Vorteil aber, die bessere Arbeitsgelegenheit, ist jetzt wieder verschwunden. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer gestiegen. Die Verwaltungsstelle Hamburg hat in den beiden ersten Monaten dieses Jahres bereits ebensoviel Arbeitslosen-Hilfsförderung ausbezahlt, als im vergangenen Jahre überhaupt. Die Arbeitsgelegenheit hat sich also mindestens um 80 p.C. verschlechtert.

Wenn es uns nun gelungen ist in verschlossener Zeit mit verschiedenen Firmen einen Vertrag abzuschließen, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die meisten Kollegen organisiert waren. Wollen wir heute aber günstige Verträge abschließen, dann müssen wir noch eine größere Macht hinter uns haben. Wir müssen von uns sagen können, es gibt keinen unorganisierten Kutscher mehr. Darum hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verein. Einer starken Arbeitgeber-Organisation müssen wir eine noch stärkere Arbeitnehmer-Organisation entgegensehen. Wenn wir dann gezwungen werden zum letzten Mittel zu greifen, so haben wir als eine geschlossene Klasse dazustehen bis zum Tage der Entscheidung. Erreichen wir das, dann wird sich auch der Sieg an unsere Fahne heften.

Folgende aus der Versammlung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die Rolls- und Blockwagen-Kutscher Altonas erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprechen in Zukunft ihre ganze Kraft einzusetzen, um den letzten Mann dem Verbande zuzuführen, um den immer mehr steigenden Wohnungsmieten und den Lebensmittel-Verteuernungen wirksam entgegen treten zu können."

Nach einem Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verein wurde die Versammlung geschlossen.

Hörde. Auch hier in Hörde schenkt der Gedanke, sich zu organisieren, unter den Handels- und Transportarbeitern langsam, aber desto sicherer Boden zu fassen. Nachdem vor kurzem durch Betriebsbesprechungen eine Anzahl Kollegen der Verwaltungsstelle Dortmund als Mitglied beigetreten sind, hält man am Sonntag die erste größere Versammlung ab. Das Referat zu dieser Versammlung hatte ein Kollege aus Dortmund übernommen. In klarer und leicht verständlicher Weise führte er den Anwesenden den Nutzen der Organisation vor Augen. Leider hätte der Gedanke des Zusammenschlusses bei den Handels- und Transportarbeitern erst spät Wurzeln gefaßt. Während des zehnjährigen Bestehens des Verbandes hätte derselbe aber schon viele Erfolge für seine Mitglieder erzielt. Fast in allen größeren Städten hätte man mit den beteiligten Unternehmern Tarifverträge abgeschlossen. Gerade der Umstand, daß in den Fuhrwerksbetrieben die Unfallgefahr eine so große sei, noch größer als im Bergbau, sollte den Kollegen zu denken geben. Die lange Arbeitszeit sei vornehmlich eine Hauptursache für die hohen Unfallziffern. Auch würden hier in Hörde noch Löhne bezahlt, die man tatsächlich als Hungerlöhne bezeichnen müsse. Alles sei gestiegen, Lebensmittel, Steuern usw., nur der Lohn sei derselbe geblieben. Der Referent erwähnte dann einen Fall, der sich bei einer Dortmunder Firma ereignet habe, wo infolge der schlechten Bezahlung das Personal zu Dieben geworden sei. Sozial fielen die Familien der Armerunterstützung zur Last. Ferner wies der Referent darauf hin, daß die vielen, den Fuhrwerksverkehr betreffenden Polizeiverordnungen schon längst in die Rumpftamme gehörten und durch ein Reichsverordnungsgebot erlegt werden müßten. In diesem mützte auch die Forderung des Fahrerscheins enthalten sein, denn heute könnte man noch vielsach beobachten, daß Fuhrwerke von Leuten geführt würden, die noch nicht den Kinderschuhen entwachsen seien. Zum Schlusse forderte der Referent die Anwesenden auf, sich, soweit sie noch nicht Mitglieder des Transportarbeiterverbandes seien, demselben anzuschließen, denn nur durch die Einigkeit der Berufskollegen könne man dem Unternehmertum Achtung einflößen. — In der Diskussion kamen dann die in den einzelnen Betrieben herrschenden Missstände zur Sprache, die vielfach geradezu haarräubend sind. Man konnte aus dieser Versammlung sehen, daß es für den Transportarbeiterverband noch sehr viel zu tun gibt, bevor man auch von Hörde sagen kann, es herrschen hier einigermaßen erträgliche Zustände. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie es im Interesse der Transportarbeiter zu wünschen gewesen wäre. Hoffentlich wird dieser Fehler bei einer demnächst stattfindenden weiteren Versammlung gut gemacht werden.

Namenz 1. Sa. Am 8. März tagte hier eine öffentliche Versammlung. Der Gauleiter referierte über das Thema: Warum haben wir lange Arbeitszeit und niedrige Lohn? In seiner Schlussbetrachtung kam er auch auf die erfolgte Gründung eines Tarifvereinshofs zu sprechen, darauf hinweisend, daß dieser Verein von Unternehmer Gnaden und Unternehmerjähnchen Leitung, nur zur Zersplitterung der Kollegen gegründet sei. Wenn man dorff sich damit brüstet, in Valde eine Mark Lohnzulage erbitzen zu wollen, so zeige das nur, daß da die Unternehmer dahinterstehen; diese bewilligen jetzt eine Mark Lohn mit der Absicht, die Entwicklung des Verbandes hintan zu halten. Der Verband

würde sicherlich sich mit einer Mark nicht begnügen, weil es tatsächlich auf dasselbe herauskommt, ob ein Kollege 15 oder 18 Mt. verdient. Es kommt beides zum Leben nicht zu. Die Kollegen mögen sich nicht beschwagen lassen.

Kattowitz. Sonntag, den 1. März fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher das Thema: "Rückblick und Ausblick", sowie der Zusammenschluß der Gleiwitzer Spediteure und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der oberschlesischen Transportarbeiter behandelt wurde. Nachdem Redner den ersten Teil des Vortrages in ausführlicher Weise behandelt hatte, kam er auf den zweiten Teil zu sprechen und führte ungefähr folgendes aus:

"In Gleiwitz sind sämliche Arbeitgeber im Spezialgewerbe zusammengetreten und haben einen Verein gegründet. Kurze Zeit nach dieser Gründung wurde das Stollengeld, welches früher 7½ bzw. 10 Pf. pro Zentner betrug, auf 20 Pf. erhöht. Wir Arbeiter haben auch durchaus nichts dagegen, wenn die Arbeitgeber ihre Einnahmen erhöhen; wir verlangen nur, daß die Herren auch die Hungerslöhne ihrer Arbeiter verbessern; aber daran denken diese nicht und da die Arbeiter stumpsinnig in den Tag hineinleben und das Denken dem lieben Gott überlassen, zum Verbande nicht zu bewegen sind, so müssen sie eben weiter hungern und sich auf das „Festseits“ vertrösten lassen.

In den anderen Orten Oberschlesiens werden es die Arbeitgeber den Gleiwitzern nachmachen. Sie alle werden sehen, ebenso wie ich, ihre Einnahmen zu erhöhen. Pflicht der Arbeiter wird es sein, sich an den Arbeitgebern ein Beispiel zu nehmen und sich im Transportarbeiterverband zusammenzuschließen, damit auch je eine Ausbildung ihres Lohnes herbeiführen können. Und wenn sie vielleicht auch augenscheinlich in der Zeit der Krise Lohnerhöhungen nicht durchsetzen werden können, so werden sie aber durch ihren freien Zusammenschluß im Verband, auf jeden Fall eine Verschlechterung der lebigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhindern." Redner geht jetzt auf die Kattowitzer Verhältnisse über und sagt: "Seit ist wieder die Zeit des Umzugstermins, eine Zeit, die sozusagen für manchen Kollegen der Ausreißer im Jahre ist. Die Umzugsfirme haben ebenfalls ihre bestimmten Leute, die bei diesen Anlässen immer bei ihnen arbeiten. Nur diesmal sollte es anders kommen. Die Kattowitzer Transportgesellschaft Joschle, Lindner u. Co. hatte anscheinend billigere Arbeitskräfte gefunden und wenn auch die Herren Joschle und Lindner ehemalige Verbandslosen waren, so machten sie es (als angehende Kapitalisten?) genau wie andere Kapitalisten und stellten die billigeren Arbeitskräfte ein. Zwei Breslauer Steinträger waren zuzeitig nach Kattowitz gekommen. Sie gingen zu Joschle und Lindner und boten ihre Dienste an. Den Ausflusssarbeitern wurde bei den Umzügen pro Tag 5 Mt. bezahlt. Die Breslauer Kollegen arbeiteten aber für 4 Mt. pro Tag. Wenn man auch verstehen kann, daß sie, um weiter zu existieren, sich Arbeit suchen müssten, so durften sie doch entschieden nicht billiger arbeiten als die Kattowitzer Kollegen. Des Weiteren führte der Redner einen Fall an, welcher zeigte, wie manche Arbeitgeber gegen ihre Arbeiter im höchsten Grade roh und brutal sind. Der Kutscher Hilbig ist bei der Firma Joschle, Lindner u. Co. beschäftigt. Eines Mittags verlangte der Mitinhaber genannter Firma, Herr Nischle, H. sollte aufspannen; H. weigerte sich aber mit dem Bemerkten, die Pferde müssten erst Butter kriegen, vorher war ihm erst von einem anderen Chef gesagt worden, die Pferde seien schlecht aus. Nach mehrmaliger Beforderung H. s. einzupinnen, wollte Herr Nischle nunmehr die Pferde ausspannen, das wollte H. aber selber tun. Nun geriet Herr Nischle in Angst und verließ den Kutscher, nach dessen Aussage, zirka fünfzehn Faustschläge auf den Kopf, drückte ihn an die Wand und fügte ihm eine Menge Verletzungen (laut ärztliches Attest) bei, so daß der Kutscher noch nach einigen Tagen über heftige Kopfschmerzen lagte. Ebenso ist Hilbig in demselben Betrieb vor drei Wochen von einem Pferd geschlagen worden, ohne daß dies als Unfall gemeldet worden wäre. Der Kutscher ist bis heute deshalb noch nicht vernommen worden. Ebenfalls hängen in diesem Betrieb keine Unfallvorschriften aus? Da der Überwachende Beamte alles genau notiert hatte, so werden wohl von Seiten der Firma H. die betreffenden Schritte unternommen werden, um in allen diesen Fällen Klarheit zu schaffen."

In der Diskussion bestritten die Breslauer Arbeiter, für 4 Mt. gearbeitet zu haben, sie wollten Stundenlohn gehabt haben (Stunde 50 Pf.) und nur 8 Stunden gearbeitet haben. Gruppe widerlegte diese Ausführungen und wollte beweisen, daß die Breslauer doch für 4 Mt. gearbeitet haben. Hilbig bestätigt die Ausführungen inbetreff der rohen Behandlungsweise seitens des Herrn Nischle und ging auf den von ihm erlittenen Unfall ein. Kollegen, die Erlebnisse, die hier in dieser Versammlung zur Sprache gekommen sind, zeigen, wie außerordentlich es ist, daß Ihr euch organisiert. Alle, alle, Mann für Mann, müßt Ihr euch im Verband zusammenfinden, damit jösche Zustände, wie die hier geschilderten, nur mehr vorkommen. Der Verband wird in jeder Weise für euch eintreten, eure Rechte verteidigen, euch beiwohnen jederzeit in Not und Gefahr. Darum so schnell wie möglich: Hinzu in den Verband!

Die nächste Versammlung ist Sonntag, den 29. März nachmittags 4 Uhr. Thema: "Die Gefahren im Bruse der Handels- und Transportarbeiter und Was müssen die Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?"

Wörlitzhütte. Am 28. Februar fand eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher das Thema behandelt wurde: "Rückblick und Ausblick". Redner führte aus: Am Schlusse eines Jahres ist es Pflicht jedes Arbeiters

und jeder Organisation — gleich dem Kaufmann Inventur zu machen, — seine Bilanz zu ziehen um zu sehen, welchen Schaden oder Vlugen das betreffende Jahr gebracht hat. Leider müssen wir sagen, das vergangene Jahr war für die Arbeiterklasse ein Jahr des Kampfes, der Entbehrungen, wie es auch seine Vorgänger waren. In wirtschaftlicher Beziehung brachte es Enttäuschungen. Die Erne im Deutschen Reich war zwar eine mittelmäßige, aber die Welternte war im allgemeinen eine schlechte. Dadurch wurden die Brot- und Getreidepreise erheblich gesteigert. Wir, die wir das Glück haben Deutsche zu sein, müssen aber noch über diese allgemeine Teuerung hinaus ein erhebliches mehr bezahlen, da wir ja in einem Agrarstaat leben und Hochzölle haben. Dieser Zoll beträgt für Weizen 55 Mt., für Roggen 50 Mt. pro Tonne. Der著名的 Wirtschaftspolitik hatten wir ferner zu verdanken, daß, dank derselben, die Produzenten von Stahl und Eisen, Kohle und Spiritus, sich in Kartellen, Ringen und Syndikaten zusammenfanden, und dadurch diese Produkte ebenfalls ganz erheblich verteuerten. Zu dieser allgemeinen Teuerung kommt noch hinzu, daß schon im Anfang des Jahres 1907 die Hochkonjunktur überschritten war, und die wirtschaftliche Krise ihren Anfang nahm. Die Krise wurde noch beschleunigt durch die amerikanische Geldkrise. Dadurch wurde die Kaufkraft ganz gewaltig eingeschränkt, die Produktion bedeutend eingeschränkt. Eine Menge Geschäfte und Fabriken gingen pleite, andere wieder beschränkten den Betrieb. Dadurch wurden Hunderttausende von Arbeitern überflüssig gemacht. Diese Hunderttausende, die früher der alten Welt den Rücken lehrten, um in der neuen Welt ihr Glück zu versuchen, sie alle kommen nach Europa zurück und helfen noch die schon jetzt bestehende große Arbeitslosigkeit vermehren. Die Krise hat auch in Deutschland gewaltigen Schaden angerichtet, große Hüttenwerke, die sonst nicht genug Arbeiter bekommen konnten, arbeiten mit Teleschichten. Große Fabriken entliehen einen Teil ihrer Arbeiter u. s. w. Die Kaufkraft hat sich des hohen Zinsfußes wegen um ein Drittel vermindert. Wenn ein großer Teil der Arbeiter sich die Hochkonjunktur zu Nutzen gemacht, durch ihre Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen hat, so müssen leider die oberschlesischen Transportarbeiter hiervom ausgenommen werden. Diese hatten es nicht für nötig gefunden sich auch ihrerseits zusammenzuschließen, sie wollten von dem Verbande nichts wissen, infogedessen mußten sie auch trotz der fortschreitenden Teuerung für denselben niederen Lohn arbeiten wie früher. Redner zeigte an der Hand von Beispielen, welche tollkostenlosen Vorteile der Transportarbeiterverband seinen Mitgliedern im vergangenen Jahr verschafft hat, so allein im ersten Halbjahr für 12778 Kollegen eine Lohnerhöhung von 40.872,26 Mt. pro Woche. Eine Arbeitszeitverkürzung für 8152 Kollegen von 19.775½ Stunden.

Redner kommt auf die Unterernährung zu sprechen und führt aus, daß dadurch die große Zahl der Unglücksfälle bedeutend vermehrt wird.

Im vergangenen Jahre sind auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen: 9141 Tote, 180 625 Schwerverletzte, zusammen 189 766. Im ganzen gemeldete Unfälle 645 588. Im Kriege 1870/71 waren Tote und Verwundete 187 888. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit sind also zwei Drittel Kämpfer mehr gefallen als im Kriege 1870/71. Eine schreckliche Mahnung an die Arbeiter, doch endlich einmal aufzutun und für eine Verbesserung ihrer elenden Lage einzutreten.

Nachdem Redner noch auf die Zukunft hinweist und ausführt, daß die Krise noch im Wachsen begriffen ist und daß wir dieselbe auch in Oberschlesien zu spüren bekommen werden, erucht er die Kollegen auf der Hut zu sein, sich im Transportarbeiterverband zusammenzuschließen, um in der jetzigen Zeit Lohnverkürzungen abzumehren, desto mehr aber bei gelegener Zeit an die Arbeitgeber heranzugehen, um endlich auch hier menschenwürdige Lohn und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Leipzig. Am Freitag, 8. März, fand in den Vereinsräumen, Kreuzstraße, eine gut besuchte Versammlung der im Buchhandel tätigen Markthelfer, Lagerarbeiter und Burschen statt. Kollege Rieder charakterisierte die letzten Vorfälle im Buchhandel. War doch in letzter Zeit in den Kreisen dieser Unternehmer nicht wenig Lust, den wirtschaftlichen Niedergang zu benutzen, sich von der Tarifgemeinschaft loszusagen. Erklärte einer dieser Scharfsinacher und Draufgänger den Sonnabend-Schichtschluß für Unstimmig, so hielt es der zweite Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Herr Otto Cyriacis, in Firma C. Endroth, für statthaft, den Tarif für Blödium zu erklären sowie einen Tarifbruch der Firma F. Volkmar gut zu heißen, und zwar im Namen der Unternehmer. Herr Weincke, als Vertreter der Firma F. Volkmar vor dem Tarifausschuß, erklärte schon das Zusammensprechen der Arbeiter im Geschäft für strafbar und proklamierte so mit seinen Ausführungen die Handelsgefechte zu Buchthäusern. In der darauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten eines Kollegen während dieser Bewegung scharf gegeißelt. Die Lagerarbeiter Thierbach und Müller von der Firma Volkmar wurden am 19. Februar als Unternehmerspigel enttarnt und in dieser Versammlung scharf abgeurteilt. In der Ausbeutung von jüngeren Kollegen scheint die Firma C. Endroth groß zu sein, was jedermann Dienstag in der Salomonstraße beim Ausfahren beobachten kann. Die Versammlung schloß mit der Parole, allen Machinationen der Unternehmer fühl und entschlossen entgegenzusehen.

Piegritz. In der letzten Mitgliederversammlung wurde der Kortellbericht gegeben. Dann hielt ein Kollege einen Vortrag über die Unterdrückung der Arbeiterklasse. Nach Annahme einiger interner Anträge trat dann Schlüß der Versammlung ein.

Rodenkirchen. Am Sonntag, den 28. Februar, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Der Kollege Fischer erstattete zunächst den Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Mitgliederbewegung sowie die Beitragsteilung gegenüber dem Vorstand nicht zugestanden habe. Es sei dies aber hauptsächlich auf die Teilnahmestruktur der Kollegen zurückzuführen. Wie z. B. der Kollege Otto Lenischer als Bevollmächtigter der Verwaltung seitens der Unternehmer gemäß-

regelt und gezwungen wurde, mit seiner Habe den gastlichen Kunden Lüdenheids zu verlassen, um anderwärts Arbeit zu suchen, als da die Kollegen über solche Willkür noch frohlockten, so zeugt das doch dafür, welch Geistes Kind sie sind. Anderseits wurde den Kollegen aber auch vor Augen geführt, wie die Verwaltung bestrebt ist, stets zum Wohle der Mitglieder zu wirken. Zegthin wäre noch die Unfallsache eines Kollegen erledigt worden, wo der Unfall seitens des behandelnden Arztes überhaupt nicht angemeldet war. Wäre der Kollege nicht organisiert gewesen, so wäre die Sache verschleppt worden und der Kollege hätte gar nichts erhalten.

Sodann erstattete Kollege Fischer den Kartellbericht. Hervorzuheben ist hier, daß in diesem Jahre der Masterball des Gewerkschaftskartells nicht stattfindet. Des weiteren ernahm Kollege Fischer die Kollegen, sich reger um die Zentralbibliothek der Gewerkschaften zu kümmern.

Nachdem noch einige unbesetzte Sachen erledigt waren, schloß die Versammlung, nachdem noch zur regen Agitation für den Verband aufgefordert worden war.

Memmingen. Sonntag, den 8. März, fand hier eine allgemeine Transportarbeiterversammlung statt, welche den Bergmännern entsprechend gut besucht war. Ein Kollege aus Kempten sprach über das Thema: Die Arbeit und das Leben. Redner betonte, daß man uns in der Schule schon gelehrt habe, wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen. Wenn dieser Satz wahr wäre, meinte der Referent, dann hätte die arbeitende Bevölkerung keine Nahrungsversorgung, aber gerade das Gegenteil sei der Fall, denn diejenigen, welche die Arbeit nur dem Namen nach kennen, genießen das Leben in vollen Zügen, während die große Masse des Volkes und das selten die Arbeiter, weder vom Fett essen, noch von einem wirklich lebendigen Leben reden könnten. Unter solchen Umständen sei die Arbeit allen denen zur Last und zum Fluch geworden, welche sie verrichten müssen, um wenigstens fort vegetieren zu können. Die Schuld an diesen für die Arbeitschaft so traurigen Zuständen, trage in erster Linie der unerlässliche Kapitalismus, zweitens aber die gar nicht zu verstehende Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst. Redner zeigte an mehreren markanten Beispielen die Wertlosigkeit des Kapitals, wenn keine Arbeitskräfte vorhanden wären, welche dem toten Kapital erst das eigentliche Leben gäben. Wenn es den Arbeitgebern sowie der heutigen Regierung ernst wäre mit dem bekannten Wohlgehen der Arbeiter, dann müßten diese beiden Korporationen für eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung Sorge tragen, das sei aber nicht der Fall. Es seien eine Reihe Schutzgesetze vorhanden, z. B. Vogelschutz, Tierschutz, Waldschutz usw., von einem Arbeiterschutz, wie er heute notwendig wäre, könne keine Rede sein. Aber selbst, wenn ein ausreichendes Schutzgesetz vorhanden wäre, müßten die Arbeiter für deren Einhaltung selbst Sorge tragen. Das könnte aber wiederum nur durch eine starke Organisation geschehen. Die Sicht der Arbeitgeber gehe nach dem Gold, bei ihnen heißt es: Wir wollen leben, ihr könnt sterben, wir kommen später. Wenn die Arbeiter auch leben wollen, meinte der Referent, müßten sie selbst Hand anlegen, um diesen unverträglichen Zuständen durch geschlossene Organisationen ein Ende zu bereiten. Redner zeigte an zahlreichen Beispielen die traurigen Folgen der Unterernährung des arbeitenden Volkes, nies zahlenmäßig die schlechten Löhn und die teure Lebenshaltung in Deutschland nach, beleuchtete die christliche und gelbe Arbeiterzerstörerung und deren Folgen für die Arbeiter. Referent forderte die Anwesenden auf, treu zu ihrem Verbande zu halten und, soweit sie nicht organisiert seien, der Organisation beizutreten und schloß damit seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der folgenden Diskussion ergriß der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins Genosse Lingg das Wort, beleuchtete die schlechten Lohnverhältnisse am hiesigen Platze und deren Folgen und ermahnte die Anwesenden zur kräftigen Mitwirkung für unsere Sache. Nach einem kräftigen Schlusswort wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

M.-Gladbach. Unsere Mitgliederversammlung vom 29. Februar war leider schlecht besucht. Es ist sehr bedauerlich, daß die Kollegen ihrer Organisation gegenüber so viel Gleichgültigkeit zeigen, obwohl hier im Transportgewerbe noch eine 15 bis 18tägige Arbeitszeit die Regel ist. Ein Kollege aus Aachen referierte über unsere Lage, er verstand es, den Kollegen so recht zum Herzen zu reden und fanden seine Ausführungen großen Beifall. Mögen die Kollegen in der Zukunft danach handeln. Hofft Ihnen doch sonst niemand aus Ihrem Elend, wenn dies die Organisation nicht tut. Also hinein in den Transportarbeiterverbund und die Versammlungen besucht.

Stettin. In der Mitgliederversammlung vom 23. Februar hielt Genosse Göbel einen berausfüllig aufgenommenen Vortrag über den Wert der Abstinenz der Arbeiter. Die Diskussionsredner schlossen sich den Ausführungen des Referenten mehr oder weniger an, so daß zu erwarten steht, daß dieselben den Worten auch bald die Tat folgen lassen werden.

Ein Sommerfest soll beim Genossen Schmalz am 19. Juli abgehalten werden. Ferner wurde beschlossen, so weit die Beteiligung vorhanden ist, auch weiterhin Bezirkssammlungen abzuhalten. — Als Kuriosum wurde noch mitgeteilt, daß die Firma Carl Schulz mit ihren Angestellten eine Versammlung im Pferdestall abgehalten hat, um die Gründung einer Betriebskrankenkasse durchzuführen. Der Kollege, der es wagte, gegen diese Art der Versammlung im Pferdestall zu protestieren, wurde anderen Tages entlassen. Wenn an sich schon das Betriebskrankenkassenwesen keine für die Arbeiter vorteilhafte Erziehung, der Krankenversicherung ist, in diesem Falle stellt sich die Gründung einer Betriebskasse geradezu als ein Unfug dar. Die Firma C. Schulz ist mit ihren Leuten in der gemeinsamen Ortskrankenkasse I versichert, ein Teil auch in Ortskrankenkasse 7, also in Kassen, die mehr Garantie für die Arbeiter bieten als je eine Betriebskasse bieten kann. Über zum Herrenstandpunkt gehört auch die Betriebskasse.

Belten. Generalversammlung vom 22. Februar. Nach der Aufnahme zweier Kollegen wurde der Kassenbericht gegeben. Demnach wurde im 4. Quartal 07 vereinnahmt 107,92 Mt., verausgabt am Ende 177,38 Mt., an die Hauptkasse gesandt 591,86 Mt., so daß ein Bestand von 148,68 Mt. verbleibt. Im vergangenen Jahre wurden 6 Vorstandssitzungen und 7 Versammlungen abgehalten. Gewählt wurden: als erster resp. zweiter Bevollmächtigter Gustav Lange und Rud. Lamm, Kassierer Sigismund Gercke, als Schriftführer Herm. Schulz und Friedrich Seeger, Revisoren Gust. Lamm und Wilhelm Stellmacher, Beisitzer Seeburg, Wilhelm Lemke und Heinrich Göbel, Kartelldelegierte Emil Richan und Herm. Schulz, Vorstandskommission Rud. Lamm, Al. Kühl, Aug. Abraham und Otto Schent. Hierauf wurde noch der Kartellbericht gegeben und dann die Versammlung geschlossen.

Würzburg. Eine leider nur schwach besuchte öffentliche Versammlung fand am Sonntag, den 1. März statt. Ehe die Tagesordnung eingetreten war, galt der Vorsitzende den Tod einer langjährigen Kollegin, Linda Hölig, bekannt. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erhält das Wort zu seinem Vortrage: "Bericht von der Gauleiterkonferenz", der Gauleiter. In seinen 1½stündigen Ausführungen beront er die Notwendigkeit solcher Konferenzen; er kommt dann des weiteren auf die einzelnen zahlreichen Punkte der Tagesordnung zu sprechen. Näher auf die Ausführungen des Referenten einzugehen, macht sich überflüssig. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit lautem Bravo begrüßt und einstimmig anerkannt.

In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen, teils über Arbeitslosen- bez. Reiseunterstützung, teils über das Wesen einiger Versicherungsgeellschaften, resp. Unternehmungen. Namenslich wurde die "Nach Feierabend". In das ihr gehörende Licht gestellt.

Nach einem kurzen Schlussswort des Referenten fand die Versammlung ihr Ende. Nach Schluss derselben traten noch einige Kollegen dem Verbande bei.

Allgemeines.

Änderung der Berliner Straßenpolizeiverordnung. Für Führer von Fuhrwerken ist die folgende abgeänderte Polizeiverordnung von Interesse: Die Bestimmungen in den §§ 3, 24–30 der Strafverordnung vom 31. Dezember 1899 werden wie folgt abgeändert bzw. aufgehoben:

I.

Der § 3 erhält folgende Fassung: § 3. An jedem Fuhrwerk, welches nicht seiner Bestimmung gemäß zur Beförderung von Personen dient, muß das Eigengewicht des Wagens einschließlich des Zubehörs (Schrottiern, Ketten, Aufläufe und Schubketten und dergl.) angegeben sein. Auch ist an dem Fuhrwerk entweder der Vor- und Zuname und die Wohnung (Ortschaft, Straße und Hausnummer) des Eigentümers oder die Firma, deren Zweck der Wagen dient, und deren Geschäftsort, bei mehreren veratiligen Fuhrwerken eines Eigentümers oder einer Firma außerdem eine fortlaufende Nummer anzubringen. Im Falle der Bezeichnung mit der Firma ist jeder Inhaber der Firma, bei eingetragenen Vereinen, Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., eingetragenen Genossenschaften und anderen Gesellschaften und Vereinen mit Rechtmäßigkeit jeder gesetzliche Vertreter strafrechtlich verantwortlich, selbst wenn der Wagen nicht im Eigentum des Firmeninhabers oder der genannten Gesellschaften und Personenvereinigungen steht, sondern nur gemietet ist. Diese Aufschrift ist entweder an der rechten und linken oder an der hinteren Seite des Fuhrwerks selbst, oder an Tafeln, welche an demselben befestigt sind, in deutlicher und unverwischbarer Schrift von mindestens 5 Centimeter Höhe in einem Abstande des unteren Randes derselben von wenigstens 45 Centimeter vom Gruboden dergestalt anzubringen, daß sie leicht sichtbar ist. Bei Hunden, Handwagen und Schubkarren (sowie Transportfahrrädern) ist die Angabe des Eigengewichts nicht erforderlich.

II.

Dem § 24 in der Fassung der Polizeiverordnung vom 18. Juni 1903 wird als Nr. 5 folgende Bestimmung hinzugesetzt: Bei Benutzung der Zinnowitzer und der Henningsdorfer Straße darf der mit dieser Straße in Verbindung stehende Vorplatz des Sietiner Bahnhofes nur von Personenfuhrwerken und auch nur von solchen beruhrt werden, welche Personen von oder zu dem Sietiner Bahnhofe befördern.

III.

Die §§ 27–29 werden aufgehoben. An Stelle des § 27 treten folgende Bestimmungen: § 27. Fuhrwerke, welche den Tempelplatz befahren, haben rechts um den Rolandbrunnen herumzufahren. Hierbei ist von den aus der Lennéstraße nach der Siegesallee, Bellevueallee oder Tiergartenstraße sowie von den aus der Siegesallee oder Tiergartenstraße fahrenden Fuhrwerken der äußere, zwischen dem Tiergarten und den Schlossinseln liegende Fahrdamm, von den übrigen Fuhrwerken der innere, zwischen den Schlossinseln liegende Fahrdamm zu benutzen. Ausgenommen von den vorliegenden Vorschriften sind die Fuhrwerke, welche zwischen der Tiergartenstraße und der Bellevuestraße und zwischen der Bellevuestraße und der Viktoriastraße verkehren, ferner diejenigen, welche aus der Bellevuestraße und der Tiergartenstraße nach der Lennéstraße, Bellevuestraße oder Viktoriastraße fahren; allen diesen Fuhrwerken ist der direkte Weg gestattet.

IV.

Der § 30 erhält folgende Fassung: § 30. Diejenigen Fuhrwerke, welche auf der Fahrt nach und

von der Skalitzer Straße den Platz am Schlesischen Tor kreuzen, haben eine derartige Fahrtrichtung einzuhalten, daß das auf diesem Platz befindliche Bahnhofsgebäude der Hochbahn „Schlesisches Tor“ links von ihnen bleibt.

Freiburg i. B. Das Jahr 1907 war sicher das Arbeitsreichste, das die Verwaltung je gehabt hat. In nicht weniger als 60 Versammlungen haben wir uns bemüht, unseren Berufskollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen. Und trotz einer fränkisch betriebenen Gegenaktion seitens unserer Arbeitgeber und der Christlichen ist es uns gelungen, die schöne Zahl von 174 Kollegen als Mitglieder zu gewinnen. In allen größeren Betrieben finden wir deum auch heute unsere Mitglieder. Doch die vierfache Mitgliederzahl könnten wir haben, wenn unsere Kollegen Mitglieder und Nichtmitglieder den Wert der Organisation mehr zu schätzen wissen würden. Doch auch hier wird es mit der Zeit besser werden. Haben wir erst einen Stand an älteren Kollegen. Wenn Durchneben unserer Mitgliederliste sehen wir, daß unsere ältesten Kollegen 6 an der Zahl 1905 und wieder 6 an der Zahl 1906 dem Verbande sich angegeschlossen haben. Alle übrigen Mitglieder sind erst 1907 eingetreten. Haben also diese Kollegen erst einschenken gelernt, wie gut und notwendig eine Organisation ist, so werden sie sich auch fester an diese anschließen. Und daß die Organisation gut und notwendig ist, haben auch unsere Kollegen in Freiburg schon erfahren. In dem größten Speditionsbetriebe mit circa 160 Arbeitern, an welchen die Christlichen Jahrelang herumarbeiteten, ihre Mitglieder mit dem Vorgeben, ihre Lage verbessern zu wollen, nachzuhören, da ist es unser Verband gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen, welcher den Arbeitern tausende von Mark mehr Lohn brachte. Und wenn heute in diesem Betrieb nichts so ist, wie es sein sollte, so sind unsere Kollegen selber mit Schuld daran, weil sie leider glaubten, als sie mehr Lohn erhielten, jetzt brauchen wir den Verband nicht mehr und diesem den Rücken lehnen. Auch sonst hat der Verband den Kollegen direkt und indirekt manchen Vorteil gebracht. Und so werden wir nicht aufhören, immer und immer wieder aufzulärmend zu wirken; so muß es gelingen, immer fester unsere Freunde zu schließen zum Wohle der Kollegenschaft selber. Doch um diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen, ist es Pflicht der Verwaltungsmitglieder, sich um die Agitation unter den Kollegen wohl mehr zu kümmern als bisher. Dann muß aber auch jedes Mitglied an seinem Platze für die Ausbreitung der Organisation sein möglichstes tun. Nur so wird es uns möglich werden, trotz allem, die hunderte von Transportarbeitern zu überzeugen, Mitgliedern zu erziehen. Nur so wird es möglich werden, für unsere Kollegen auch in diesem Jahre wieder Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Darum auf an die Arbeit!

Nachstehend die Abrechnung unserer Beitragsumsezung, um auch hier dem einzelnen Kollegen möglichst zu machen, sich zu orientieren:

Am Vertragen verkauf im Jahre 1906 923
Am Vertragen verkauf im Jahre 1907 3170
Auf die einzelnen Quartale verteilen sich diese wie folgt:

1. Quartal 1906	• • • • •	176
2. " 1906	• • • •	253
3. " 1906	• • •	277
4. " 1906	• • •	217
1. Quartal 1907	• • • •	476
2. " 1907	• • • •	750
3. " 1907	• • •	864
4. " 1907	• • •	1080

Elberfeld. Das Bureau der Gauleitung und der Verwaltungsstelle Elberfeld ist unter der Nr. 8025 dem Fernsprechhause angeschlossen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Dem Kollegen Rühl, Friedrich, Haupt- und Orts-Nr. 18782 der Verwaltungsstelle Berlin II, eingetreten am 1. Januar 1905, ist das Mitgliedsbuch gestohlen worden.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Hennig, Adolf, Opt.-Nr. 94879 der Verwaltungsstelle Leipzig, eingetreten am 29. Oktober 1904.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind dieselben anzuhalten und dem Unterzeichneten einzusenden.

Der Kollege Ulmberg, Wilhelm, (Fensterputzer) Haupt-Nr. 186883, eingetreten am 8. März 1907 in Bremen, ist von Essen a. d. Ruhr abgereist und hat daselbst sein Mitgliedsbuch liegen lassen. Falls Ulmberg sich irgendwo meldet, ersuchen wir, demselben entsprechende Mitteilung zu machen.

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 21, Hof 1 Et.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 7 des "Courier" vom 16. Februar d. J. ausgeschriebene Stelle eines Arbeitsvermittlers für unseren Arbeitsnachweis in Berlin zur Mitteilung, das der Posten besetzt ist.

Der Vorstand.

Berantwortl. Redakteur: Franz Nettig, Berlin.
Verlag der Buchdr. "Courier", O. Schumann-Berlin,
Druck: Maurer u. Niemic, Berlin, Waltherstr. 27.

An alle Berliner Kollegen!

Mitglieder der Verwaltungsstellen I., II., III. und IV.

Die

gemeinsame Bibliothek

befindet sich im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Üfer 15, vorn 3 Treppen, Zimmer 34.

Der neue Katalog ist erschienen! — Die Zentralbibliothek ist um das Dreifache vergrößert worden!

Jedem Mitgliede steht gegen Vorweisung des Verbands- resp. Vereinsmitgliedsbuches die Bibliothek unentgeltlich zur Verfügung. Die Bücherausgabe erfolgt täglich von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends, am Freitag jeder Woche bis 9 Uhr abends.

Die Bibliothekskommission.

An die Kollegen aus sämtlichen Branchen!

Unsere Arbeitsnachweise befinden sich für die Kollegen Hausdiener, Packer sc.:

Alte Leipzigerstraße 1 (Eingang Raules Hof). Telefon: Amt 1, 2632.

Für die Kollegen Transportarbeiter, Kutscher, Automobilführer, Mineralwasserarbeiter, Fräselutscher, Fensterputzer, jugendliche Arbeiter, Lauf- und Arbeitsburschen:

Engel-Üfer 15. Telefon: Amt 4, 3348.

Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen in der jetzigen stillen Zeit, jede ihm bekannt werdende Stelle, vor allem die, wo er selbst aufhört, dem zuständigen Arbeitsnachweis sofort mitzuteilen.

Vergesst nicht unsere arbeitslosen Kollegen!

Verwaltung Berlin I.

Mitglieder der Verwaltungsstelle I.

(Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: Adlerstraße 5, v. l.

Telephon: Amt 1, 4981.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung muss die genaue Buchnummer angegeben werden.

Bei Gefüren um Unterstützung sc. 1 das Mitgliedsbuch mit zulegen.

Die Auszahlung der Kranken-, Sterbe- sowie sonstigen Unterstützungen erfolgt nur in der Zeit von 10 Uhr vor. m. bis 2 Uhr nachmittags. Krankmeldungen werden ebenfalls nur während dieser Zeit entgegengenommen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihre Wohnungsveränderungen dem Bureau sowie den Bezirksführern sofort zu melden, auch mit Angabe der alten Wohnung und Buchnummer.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 8, Abs. 6, des Verbandsstatus sowie § 8 des Vereinsstatus, nicht länger als 10 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand zu bleiben, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verlustig gehen.

Kollegen der Verwaltung I.

Zu der am Sonnabend, den 23. März 1908, abends präzise 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Üfer 15,

Astronomischer Vortrag

Eine Wanderung durch das Weltall.

Ausgestattet mit über 100 Lichtbildern.

Vortragender:

Dr. Archenhold, Direktor der Treptower Sternwarte.

Billets à 40 Pf. sind im Bureau, bei den Distriktsführern, Betriebs- und Bezirksklassierern zu haben.

Nach dem Vortrag: Tanz.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Um recht rege Beteiligung bittet

Das Komitee.

Zur Agitation betreffs Einführung des 6 Uhr-Postschlusses bedürfen wir noch einiger Kollegen als Vertrauensleute zwecks Erfüllung von statistischen Fragebögen auf den einzelnen Postämtern Berlins. Wir bitten die Kollegen, welche bereit sind obiges Amt zu übernehmen, uns umgehend ihre Adressen nach dem Bureau, Alte Leipzigerstr. 1, zugehen zu lassen.

Die Kommission
zur Herbeiführung des 6 Uhr-Postschlusses.

Textil- und Stoff-Branche

Sektion der Leinen-, Baumwoll-, Woll-, Tafelogen-, Stoff- und Tuchbranche.

Sitzung der Sektionsleitung jeden 1. Montag im Monat abends 8½ Uhr bei Hönow, Parochialstr. 86.

Kollegen der Verwaltung I.

Zu der am Sonntag, den 5. April 1908, nachmittags 3 Uhr, im „Central-Theater“, Alte Jakobstr., stattfindenden 8. Aufführung;

„Freiheitsdrang“.

Ein Stück aus dem Leben in 6 Bildern von

Otto Reinhard-Popper

sind durch die Kollegen Haerling und Vergens ausnahmsweise Billets zu ermäßigten Preisen, 75 Pf. und 1 Mk., im Bureau, Adlerstr. 61, zu haben.

Hausdiener und Packer aus der Leinen-, Baumwoll-, Textil-, Manufaktur-, Stoff- und Tuchbranche.

Am Donnerstag, den 9. April 1908, abends 8½ Uhr,

Große Versammlung

in den „Musiksaal“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 4. Verschiedenes.

Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht aller in obengenannten Branchen beschäftigten Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Galanterie-, Kurz-, Lederwaren- und Exportbranche.

In einer sehr häufig stattgefundenen Versammlung obengenannter Branche ist zur Entfaltung einer intensiven Agitation eine Kommission gewählt worden. Um ein schnelleres Arbeiten zu ermöglichen, ersuchen wir die Verbandskollegen obengenannter Branche, ihre Adresse mit Angabe des Betriebes schleunigst dem Büro, Adlerstr. 5, mitzuteilen.

Die Agitationskommission.

Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Mit Rücksicht auf den kommenden Umzugstermin zum 1. April bitten wir alle diesjenigen Mitglieder, welche ihre bisherige Adresse verändern, d. h. verziehen, das Verbandsbüro hier von rechtzeitig in Kenntnis seien zu wollen. Bei den Wohnungsummeldungen haben diesejenigen Kollegen, welche als Betriebsvertrauensleute fungieren, diese ihre Funktion auf der Meldung besonders zu vermerken.

In der letzten Zeit nehmen sich die Fälle, daß bei Erkrankungen verschiedentlich die Kollegen dem Verbandsbüro hier von zu spät Mitteilung machen oder aber sich erst nach Beendigung der Krankheit melden. Wir machen daher die Kollegen dringend darauf aufmerksam, die statutarischen Vorschriften genau zu befolgen. Die unterstützungsberechtigten Mitglieder sind hierauf verpflichtet, im Erkrankungsfall dies sofort dem Verbandsbüro, Zimmer 17, zu melden. Die Meldung kann auch durch eine Postkarte erfolgen.

Ebenfalls werden die Mitglieder bei eventuell vor kommenden Rechtschutzgesuchen gebeten, auch hier von die Verwaltung so schnell wie möglich in Kenntnis zu setzen. Zu spät eingereichte Gesuche laufen Gefahr, nicht berücksichtigt werden zu können.

Ungeachtet der noch immer herrschenden großen Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen Brüder und Schwestern nicht zu vergessen und jede Stellung oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Rücksicht oder für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 16, Zimmer 84, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß mit Rücksicht auf den Umzugstermin und den dadurch eintretenden Mehrbedarf von Arbeitskräften unser Arbeitsnachweis während der Zeit vom 23. März bis 4. April des Morgens schon um 6 Uhr geöffnet wird. Die Kollegen Möbel-Transportarbeiter bitten wir ganz besonders hier von Kenntnis nehmen zu wollen.

Die Verwaltung II.

Dank!

Sege hiermit allen Kollegen Möbeltransportarbeitern, Packern und Kutschern der Firma Baars & Co., sowie der wohlhabenden Direktion obiger Firma für die zahlreichen Beweise herzlicher Anteilnahme und Unterstützungen bei meinem schweren Unfall (Verlust des rechten Beines) besten Dank.

Richard Pocha, Möbeltransportarbeiter,
Schillingstr. 27.

Kolleginnen Zeitungsfrauen, Packerinnen, Kaffeeverleserinnen etc.

Am Sonntag, den 22. März 1908, abends 5½ Uhr, im Hotel des Herrn Hoffmann, „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27 c:

Große Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Frau Regina Ruben: „Eine Revolutionärin aus dem Jahre 1848“ mit Rezitationen. 2. Geschäftliches.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein.

Kolleginnen! In Unbetacht der äußerst wichtigen und lehrreichen Tages-Ordnung ist das Er scheinen aller Kolleginnen unbedingt erforderlich. Niemand darf fehlen! Bringt auch Eure Männer mit.

J. A.: F. Lambrecht.

Achtung! Auf den Halteplänen bekannt machen

Alle die Kollegen, welche vor längerer oder kürzerer Zeit von Herrn Lewinski mit Anzeigen bedacht worden sind, werden dringend gebeten, ihre Adresse umgehend im Büro, Schillingstr. 6, abzugeben.

Berliner Lokales.

Derjenige Droschkenführer, welcher in der Nacht vom 23. zum 24. Februar vom Café Roland, Potsdamerstraße, vier Herren in Maskenkostümen erst nach Carlsbad und dann nach Steichenbergerstraße 182 gefahren, und in dessen Droschke ein Winterüberzieher liegen geblieben ist, wird gebeten, sich im Bureau, Schillingstraße 6, oder bei Felix Tenschert, Reichenbergerstraße 182, zu melden.

In der Nacht vom 1. zum 2. Januar d. J. hat ein junger Mann eine Automobil-droschke vom

Verwaltung Berlin IV.

Moritzplatz nach Königsbergerstr. 28 benutzt. Derselbe hat in Ermangelung von Fahrgeld dem Führer eine Uhr in Pfand gegeben. Der Führer wird gebeten, sich im Bureau, Schillingstr. 6, oder bei Hartmann, Königsbergerstr. 28, Querg. 3 Dr., zu melden.

Am Freitag, den 6. d. Mrs., ist ein Plaid gefunden worden und kann bei Dieß, Landsberger Platz 4, abgeholt werden.

Ferner ist am 23. oder 24. Februar ein Plaid, gez. 4204, verloren worden. Sollte ein Kollege dies gefunden haben, so wird gebeten, dasselbe bei Friedrich, Weizensee, Heinrichsstraße 51, abzugeben.

Zahlstellen:

Zahlstelle 1, bei Dieß, Landsberger Platz 4.
Zahlstelle 2, bei Dobat, Sollerstr. 3.
Zahlstelle 3, bei Jakob Cäsar, Alt-Moabit 119.
Zahlstelle 4, bei Boschmann, Schöneberg, Bergstraße 9.
Zahlstelle 5, bei Schleusner, Rixdorf, Reuterstraße 74.

Leitergerüstbauer und Platzarbeiter.

Am Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 5:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Neuwahl der Schlichtungskommission. 3. Wahl des Staffevers der Unterstützungsstufe. 4. Übergabe des neuen Reglements für die Unterstützungsstufe. 5. Geschäftliches.

Einen guten Besuch erwarten

Die Sektionsleitung. J. A.: Herm. Walter.

Getreideträger, Speicherarbeiter und Schipper Berlins.

Am Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Welche Taktik müssen die Kollegen ergreifen, um den geplanten Lohnkürzungen erfolgreich entgegen treten zu können?“ 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung.

Wir erwarten, daß alle Kollegen bestimmt und pünktlich zu dieser Versammlung erscheinen.

Die Sektionsleitung. J. A.: Albert Fehlow.

Kolleginnen und Kollegen aus allen Branchen Tempelhofs und Mariendorfs.

Am Sonntag, den 5. April 1908, abends 8 Uhr,

Große Versammlung mit Frauen

bei Martin Müller, Berlinerstr. 40-41.

Tages-Ordnung:

1. „Die preußische Dreiklassenwahl.“ Referent: Kollege O. Schenk. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Kollegen! In Unbetacht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß ihr alle Mann zu dieser Versammlung erscheint und Eure Freunde und Kollegen, sowie auch Eure Frauen mitbringen.

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein.

Die Bezirksleitung. J. A.: Fr. Helmchen.

Kollegen aus sämtl. Bierbrauereien Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 22. März 08, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal 1),

Große Versammlung mit Frauen

Tages-Ordnung:

1. „Die gegenwärtigen Klassenkämpfe“. Referent: Gewerkschaftssekretär Fendel. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Kollegen! Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung und in Unbetacht dessen, daß das Thema auf ganz besonderen Wunsch einer großen Zahl Kollegen gewählt ist, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für einen wahren zahlreichen Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Bringt Eure Frauen mit!

Neue Mitglieder können aufgenommen und Beitrag gezahlt werden.

Die Sektionsleitung. J. A.: Gust. Ullsch.

Zahlstellen 6, bei Wermiz, Grünauerstr. 8. Tel.

Amt IV, 8-90.

Zahlstelle 7, bei Meyer, Posenerstr. 29.

Zahlstelle 8, bei Hesse, Große Hamburgerstr. 41.

Ecke Auguststraße.

Zahlstelle 9, bei Burisch, Schönhauser Allee 155 Ecke der Oberbergerstraße.

Zahlstelle 10, bei Ulrich, Weizensee, Nöllestr. 20

Ecke der Blumenstraße 13.

Zahlstelle 12, bei Kässler, Wilmersdorf, Haustraße 20 u. 21.

Zahlstelle 13, bei Saß, Hornstr. 2.

Zahlstelle 14, bei Büttner, Charlottenburg, Wallstraße 96.

Zahlstelle 15, bei Rottke, Buttmanstr. 10.

Zahlstelle 16, bei Bergmann, Waldstr. 47.

Zahlstelle 17, O. Schulz, Chausseestr. 123.

Zahlstelle 18, R. Klindt, Schulstr. 25.

Zugleich bemerken wir, daß in den Zahlstellen auch Mitglieder in den Deutschen Transportarbeiter-Verband aufgenommen werden und bitten, recht regen Gebrauch davon zu machen.